

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28.

Donnerstag, den 2. Februar 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Der Bankrott der preussischen Polenpolitik und die Lage im Reich.

Es ging unsern „Patrioten“ in den letzten Jahren schlecht. Wäre nicht die Besserung der internationalen Lage des Reichs, so müßten sie ihre Haupt mit Äsche bestreuen. Im Innern zerfielen sich die nationalen Parteien, auf dem Gebiete der Kolonialpolitik ein volles Fiasko der weitgehenden Vernunftigen Pläne, unter dessen Zeichen die letzten Wahlen stattfanden. Und in dieser Situation kommt der Vorstoß des Ostmarkenvereins, erklärt der Regierung sein Mißtrauen und ruft „alle nationalen Männer“ zum Sturm gegen die Regierung auf wegen ihres „Verrats“ an der deutschen Sache in der Ostmark.

Die starken Worte beiseite gelassen, so haben die harkistischen Hezer recht, wenn sie behaupten, der Arm der Regierung sei in den Ostmarken schlaff geworden. Im härtesten Gegensatz zu den Kassandrarufen Villows, der am 26. November 1907 im preussischen Landtag erklärte: „Wir können unsern Landbedarf im freihändigen Ankauf nicht mehr decken und daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß ein eminentes Staatsinteresse die Einschränkung der Enteignungsbefugnis an die Ansiedlungskommission erfordert“, steht die Erklärung des Landwirtschaftsministers im Landtage am 16. d. M., daß der gegenwärtige Bestand der Ansiedlungskommission in keiner Weise dazu nötige, im laufenden Jahre die Besiedlungstätigkeit einzuschränken. Woher diese total geänderte Auffassung? Ein Blick auf die Geschichte der preussischen Politik gibt die Antwort.

Die preussische Polenpolitik der letzten vierzig Jahre läßt sich in zwei Perioden teilen: die erste von 1871 bis 1885, die Zeit der Verbannung der polnischen Sprache aus Schule, Gericht usw. entsprach in erster Linie den Bürokrateninteressen und hatte als Ziel die Germanisierung der Polen. Die zweite, die mit der Gründung der Ansiedlungskommission beginnt und bis zur Einbringung der Enteignungsvorlage reicht, war in erster Linie vom Wirtschaftsinteresse der Junker diktiert und setzte sich als Ziel die Verjagung der Polen. Wie sie sich aus dem Bankrott der ersten Periode ergab, so endete sie selber mit einem Bankrott: zwar wurde ein Gebiet von der Größe Anhalts mit deutschen Bauern kolonisiert, aber der kolonisierte Boden wurde größtenteils von deutschen Junkern gekauft. Die Polen wurden nicht nur von ihrem Boden nicht verjagt, sondern sie kauften durch ihre Parzellierungsbanken mehr deutschen Boden, als die Ansiedlungskommission polnischen Boden kaufen konnte. So lagen die Dinge bis 1907. Inzwischen aber beginnt diese Ostmarkenpolitik wichtigen politischen und ökonomischen Interessen des Junkertums zuwiderzulaufen. Sie gerät bröckelnd immer mehr den Großgrundbesitz und schwächt so die soziale und damit auch die politische Basis der Junker. Denn auf die Länge geht es nicht, den deutschen Bauer in der Ostmark den Polen gegenüber mit Vorrechten auszustatten und ihm gleichzeitig alle Rechte in den Kreislagern abzusprenken. Die Unzufriedenheit der deutschen bäuerlichen Ansiedler in den Ostmarken ist stark und ihre Erbitterung gegen das allmächtige preussische Junkertum wächst ständig. So erlahmt das Interesse der Junker an dieser Polenpolitik, die ihnen nur unzufriedene Bauern ins Land zieht. Und diese Tendenz wird noch verstärkt durch die allgemeine Angst der Junker vor dem Sturz der Bodenpreise, die durch die Anwendung des Enteignungsgesetzes herbeigeführt werden müßte, weil es die Konkurrenz zwischen den Parzellierungsbanken und der Ansiedlungskommission aufheben würde. Alles das bewog die Junker, die ihnen zur Verfügung stehenden Einflüsse bei Hofe gegen die Anwendung des Enteignungsgesetzes in Bewegung zu setzen. Diesen Einspruch der Junker unterstützte das Zentrum, das im Interesse seines Einflusses auf die polnische Fraktion und des Einflusses der Klerisei auf das polnische Volk, ein Gegner aller krasen germanisatorischen Maßregeln seit jeher gewesen ist.

Diesen vereinigten Einflüsterungen, die sich gegen die Anwendung des Enteignungsgesetzes wandten, bot die Regierung desto freudiger ihr Ohr, als sie ihren politischen Spekulationen entgegenkommen. Sie rechnete nämlich mit der Möglichkeit, daß ihr nach den Reichstagswahlen die polnische Fraktion zur Mehrheitsbildung nötig sein könnte, genau so wie zur Zeit Caprivis, wo die „Reichsfeinde“ im Osten versunken wäre. In einer solchen Situation ist es unklug, den Feind zu reizen, um so mehr, wenn er nichts weiter will, als weichen. Und die Haltung

der polnischen Fraktion im Reichs- und Landtag beweist, daß die Regierung richtig rechnet. Der polnische Adel ist pudelartig. Aber auch die polnischen Junker haben ihre Gründe zu ihrer Artigkeit. Wenn sie jetzt beim polnischen Volke den Glauben an die Möglichkeit einer Ausöhnungspolitik wecken, so deshalb, weil dieser Glaube ihnen dazu verhelfen soll, die kleinbürgerlichen Demokraten, deren Einfluß mit der Erstarkung des Kleinbürgertums wächst, bei den Wahlen zurückdrängen. Ihr blaues Blut gibt ihnen bei einem Veröhnungsschwindel in den Augen der polnischen Spieler einen Vorsprung vor den plebejischen Demokraten. Daß ihnen aber jetzt speziell daran gelegen sein muß, in ungeschwächter Macht in den Reichstag einzuziehen, erklärt schon die Tatsache, daß auf der Tagesordnung des nächsten Reichstags sich die neuen Handelsverträge befinden, bei denen die Agrarzölle zur Debatte stehen, an deren Erhöhung die polnischen Junker ein Interesse haben.

Größer aber noch ist das Interesse der polnischen Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Sozialdemokratie, den breitesten Kreisen des polnischen Volkes den politischen Zusammenhang klarzumachen. Wenn die Regierung jetzt im Interesse des Junkertums nicht nur das Enteignungsgesetz, sondern selbst die Ansiedlungspolitik an den Nagel hängen würde, so würde es sich dabei nur um die Vertauschung alter abgenutzter Kampfmethoden mit neuen handeln. Und was die für das polnische Volk wichtigsten antipolnischen Gesetze, den Sprachenparagrafen des Vereins- und Versammlungsgesetzes, die Verbannung der polnischen Sprache aus Schule, Gericht und Verwaltung, betrifft, so kann von ihrer Aufhebung so lange keine Rede sein, wie die preussische Bürokratie im Reich noch ein gewichtiges Wort zu sagen hat. Im Kampf gegen den Ausöhnungsschwindel wird die polnische Arbeiterklasse allein stehen; denn die kleinbürgerlichen Parteien mit der glorreichen „Nationaldemokratie“ verlagen hier gänzlich. Obwohl sie mit Worten gegen diesen Schwindel protestieren, wagen sie keine Taten, wie das ihre Kompromisse mit den Konservativen bei den letzten Reichstagswahlen am besten beweisen haben. Und die polnische Arbeiterklasse kann desto freudiger in den Kampf gegen den Ausöhnungsschwindel ziehen, weil sie über ein Kampfmittel gegen die preussische Polenpolitik verfügt, das keine der bürgerlichen Parteien anwenden kann: den Anschluß an den Kampf um die preussische Wahlreform, den die deutsche Arbeiterklasse mit stets erneuter Wucht führt.

## Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, die durch eine ermüdend lange Rede des Geh. Medizinalrats Richter über Gebühr ausgedehnt wurde. Herr Richter redete zu den Impettitionen, die den zweiten längeren Teil der Sitzung ausfüllten. Die ersten Stunden gehörten dem Wertzuwachssteuergesetz. Die Beratung zweiter Lesung hatte sich sieben volle Tage fortgeschleppt, teils weil die Materie wirklich außerordentlich schwierig ist, teils weil Herr Trendt zu jedem Paragraphen reden mußte. Am so schneller wurde die dritte Lesung übers Rnie gebrochen. Denn noch eine dritte Verlangsamungsurache war bei der zweiten Lesung vorhanden gewesen. Man hatte noch nicht die berühmte mittlere Linie zwischen den widerstrebenden Interessen des Reichsjäckels, der Latifundarier, der Hausbesitzer und der kölnischen Ackerbürger gefunden. Das war inzwischen geschehen. Nun konnte mit Dampf gearbeitet werden. Die schwarzblaue Mehrheit hatte es eilig und bearglückte mit Murren unseren Genossen Göhre, der noch den vergeblichen Versuch machte, diese oder jene Verbesserung durchzusetzen, und selbst den Fortschrittler Cuno, der doch zu den Kompromißvätern gehört. Geradezu unanständig wurde das Benehmen der Mehrheit, als Genosse Brey das Wort ergriff, um nochmals die Aufhebung der Zündholzsteuer beim Inkrafttreten der Wertzuwachssteuer zu beantragen. Genosse Brey gab den Fürstenden die gebührende Antwort: 2 Stunden Zeit hatte man tags zuvor trotz des Sitzungs-tempo für die Fürsten gehabt, jetzt war 1/2 Stunde für die Zündholzarbeiter den schlafsternen Herren von der Mehrheit zu viel. Durch die fortgesetzte Verbalhornung war das ursprünglich akzeptable Gesetz für uns unannehmbar geworden. Unsere Fraktion stimmte daher in der Schlussabstimmung dagegen. Der Fortschritt war wieder einmal geteilt. Im Zentrum und vielleicht auch auf der Rechten haben sich auch außer Trendt, dem selbst das verbalhornte Gesetz noch viel zu weit geht, ein paar Dissidenten — politische, wie wir hinzufügen wollen — gefunden und die Polen blieben ihrer neuerdings so beliebten Enthaltensamkeit treu.

Die nunmehr folgende Impfdebatte verlief resultatlos. Ob sie sobald fortgesetzt werden wird, steht dahin. Wie schon neulich gesagt, ist die Frage keine Parteisache und Genosse Sachse, der gut und nachhaltig die Gründe der Impfigegner darlegte, sprach ebenso wenig wie die übrigen Redner aus dem Hause im Fraktionsauftrage.

Am Montag beginnt die zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.

## Eine nationalliberale alte Jungfer aus dem preussischen Abgeordnetenhaus

entrüstet sich in der „Berliner Börsenzeitung“ (Nr. 51 vom 31. Januar) über das Auftreten der Sozialdemokraten im Landtag, in dem es bisher so vornehm und ruhig hergegangen sei. Der entrüstete Nationalliberale der „Börsenzeitung“, der vielleicht dem Präsidentenstuhl des Dreiklassenhauses nicht zu fern steht, singt zunächst ein Loblied auf den preussischen Landtag, der keineswegs die „reaktionäre Vertretung“ sei, als welche er beschreiben sei:

„Wir wollen damit kein Loblied auf die augenblickliche Zusammensetzung singen und machen kein Hehl daraus, daß uns eine erhebliche Verstärkung des Nationalliberalismus mehr wie erwünscht wäre. Aber was recht ist, muß recht bleiben: Im preussischen Abgeordnetenhaus wird redliche, eifrige, wirkliche Arbeit geleistet. Im Vergleich mit dem Reichstage kann man ihm nach der Richtung hin nur den Vorzug geben.“

Und dann der gute Ton!

Auch wenn die Erregung der Gegensätze sich leidenschaftlich zuspitzt, ist doch wie auf ein stillschweigendes Abkommen hin ein Vorzug darin gesehen worden, den Ton des Anstandes dem Gegner gegenüber nicht zu verlieren. Für den gebildeten Mann liegt in einer solchen Kampfesführung zweifellos ein geistiger Reiz und ein vermehrter Genuß.

Nur die Masse hat für diese zarten Kampfspiele den „Gebildeten“ kein Verständnis.

Die große Menge aber liebt die Solakrei. — Je mehr gedroschen wird, um so stärker ist die Wirkung. Deshalb sind auch die Verhandlungen im Landtage der großen Menge immer verdaulich gewesen.

Die breite Wählermasse liebt nun mal Theater bei dieser Volksvertretung.

Und nun malt der Nationalliberale mit dem feinen Ton und den empfindlichen Nerven ein Bild von dem Auftreten der Sozialdemokraten ganz im Stile der politischen Schinderhannesgeschichten, die die Nationalliberalen vor 40 Jahren über die Sozialdemokratie in die Welt setzten, um zu dem Schluß zu kommen:

„Wo immer nur ein Anlaß sich geboten hat, der hochden Volksseele“ draußen zu zeigen, daß sie drinnen „laut und energisch“ vertreten würde, haben sich die Sozialdemokraten in der unerhörtesten Weise gegen die Ordnung des Hauses vergangen. . . . Natürlich, hat sich das Haus dagegen zu schützen versucht. Aber es ist klar, daß die letzte Maßregel, die in solchen Fällen tatsächlich nur wirken kann, die Entsetzung des betreffenden ungebührlichen Abgeordneten aus dem Saale immer nur, wenn überhaupt, mit dem größten unangenehmen Aufsehen verknüpft sein könnte.“

Den Schluß der nationalliberalen Klage bildet ein Lobgesang auf den „liebenswürdigen, jovialen, schlagfertigen, witzigen und musterfüllig“ amtierenden Präsidenten, Kröcher.

## Fürst Hagfeldt will nicht gern durchfallen.

Kürzlich wurde gemeldet, daß Fürst Hagfeldt nicht wieder kandidieren wolle. Er wurde bei den Blockwahlen in Breslau-Ost gewählt. Die Mandatsmündigkeit entstand wohl nur infolge der Überzeugung, daß bei der nächsten Wahl Breslau-Ost sicher von der Sozialdemokratie zurückerobert wird. Nun haben die Konservativen des Reichstagswahlkreises Frankfurt-Ossa dem Fürsten die dortige Kandidatur angeboten. Fürst Hagfeldt erklärte aber, er denke nicht daran, sich aufstellen zu lassen, außer wenn ihm von allen bürgerlichen Parteien das Mandat angeboten würde.

## Liberales Wahlabkommen für Schlesien.

Zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei in Schlesien haben im engeren Kreise Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den kommenden Reichstagswahlen stattgefunden. Die Verhandlungen haben über die Verteilung der schlesischen Wahlkreise an beide Parteien ein Abkommen ergeben, das den Wahlkreisorganisationen beider Parteien zur Zustimmung vorgelegt werden soll.

## Scharfmacherrüstungen.

Der Bund der Industriellen teilt mit, seine ursprünglich für den 6. Februar anberaumte Generalversammlung sei noch um mehrere Wochen vertagt worden. Die Vertagung sei auf den Antrag der Verbände sächsischer und thüringischer Industrieller erfolgt, die mitgeteilt hätten, daß



besonders für wichtige schwebende Gesetzesvorlagen noch „Vorbereitungen“ innerhalb der industriellen Landesverbände stattfinden.

#### Das preussische Abgeordnetenhaus

Übermies gestern zunächst den Gesetzentwurf über die Polizeiverwaltung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster an eine Kommission. Es handelt sich darum, daß in diesen Bezirken die örtliche Polizeiverwaltung hinsichtlich der Sicherheitspolizei besonderen staatlichen Behörden oder Beamten übertragen werden soll. Bei der Beratung kam es wieder zu einem bemerkenswerten Zwischenfall. Als namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Liebknecht sich über die eigentlichen, dem Gesetzentwurf zugrunde liegenden Tendenzen verbreitete und die Gefahren des Entwurfs schildern wollte, rief ihn der Präsident v. Kröcher wiederholt zur Sache und entzog ihm schließlich das Wort. Nach der Geschäftsordnung muß der Präsident in solchen Fällen das Haus fragen, ob es den Redner hören will. Es ist bemerkenswert, daß nur die beiden konservativen Parteien und das Zentrum sich der Auffassung angeschlossen, während sogar das Gros der Nationalliberalen ihm die Heeresfolge verweigerten. Herr v. Kröcher hat sein neues Rezept, das er kürzlich angekündigt hat, also zum ersten Male erprobt. Besonders glücklich hat er dabei freilich nicht abgeschnitten.

Hierauf begann die Beratung des Justizetats. Zunächst wurde die Frage der Gefängnisarbeit erörtert, wobei Gen. Liebknecht den Standpunkt der Sozialdemokraten vertrat, daß es in erster Linie darauf ankomme, die Gefangenen zur Arbeit zu erziehen, um sie für den späteren Kampf ums Dasein befähigt zu machen. In der Generaldebatte zum Justizetat besprach dann der konservative Abg. Boehmer wieder den Moabiter Prozeß. Er behauptete, daß die Berichterstattung des „Vorwärts“ tendenziös gewesen sei und ein ganz falsches Bild liefere, da der „Vorwärts“ nur die Aussagen derjenigen Zeugen gebracht hat, die für die Polizei ungünstig waren. Der Justizminister griff gleichfalls in die Debatte ein, in der Hauptsache, um gegen die bekannte Rechtsbelehrung des Landgerichtsdirektors Unger an die Geschworenen Verwarnung einzulegen. Er stellte den Grundsatz auf, daß selbst derjenige, der glaube, daß ein Polizeibeamter sich nicht in Ausübung seines Rechts befinde, und ihm deshalb nicht Folge leistet, dadurch nicht vor Strafe bewahrt bleibe.

Nach einer Rede des Zentrumsabg. Dr. Zimmer, der die Zustimmung seiner Freunde zu einer Verschlechterung der Strafprozeßordnung erteilte, wurde die Beratung auf Freitag verlagert.

#### Fortschrittliche Sehnacht.

Daß die Fortschrittler trotz aller oppositionellen Bramarbasierereien sehr unglücklich über den Verlauf ihrer Freundschaft mit der Regierung sind, ist allgemein bekannt; weniger bekannt war, daß sie sich eifrig bemühen, die verlorene Gunst zurückzuerlangen. Geht das nicht gut auf geradem Wege, dann stoßen sich die tapferen Fortschrittler auch nicht an krummen Wegen — zumal wenn diese über gute Diners führen. In der „Weiterzeitung“ schwärmt ein Fortschrittlicher Parlamentarier (Hormann-Bremen) von den Erfolgen des letzten Kanzler-Diners also:

Der Kanzler ist den meisten Parlamentariern persönlich gut bekannt, und der Kreis der Geladenen und Gebetenen wächst mehr und mehr. Zugleich aber wächst damit — und das ist das Erreichte — bei diesen fortgesetzten Gesprächen und Dinners zu beider Nutzen ein gegenseitiges Verständnis für die Pflichten und Aufgaben, die den Kanzler ebenso gut wie die Parteiführer binden. Herr von Bethmann-Hollweg hat bei dieser näheren Bekanntschaft — das können wir nach dem sicherlich einwandfreien Zeugnis eines freisinnigen Parlamentariers ausdrücklich bestätigen — sehr gewonnen. Die Annahme der Unabwendbarkeit des fünften Kanzlers, das in den ersten Anfängen seiner Amtszeit wegen seiner taktisch gemäß verstandigen Reserve der Presse gegenüber entstanden war, ist längst als unzutreffend zurückgewiesen worden. Wir wissen aus dem Munde zweier Abgeordneten — eines nationalliberalen und eines freisinnigen Parlamentariers — ganz genau, daß der Kanzler im Gegenteil mit der größten Liebenswürdigkeit und vor allem mit dem größten Ernste Darlegungen, die ihm von anders politisch Gesinnten gemacht werden, anhört. Er geht dabei auf das eingeschlagene Thema mit einer derartigen Gründlichkeit ein, daß die Gespräche, die sich meist langhin ausdehnen, noch wiederholt in späteren Besprechungen und Reden nachklingen. Wenn der Kanzler dabei die Vorliebe hat, seinen Partnern gern von seiner eigenen Anschauung zu überzeugen, so ist das eine begründete Leidenschaft für einen Staatsmann, der bei der so großen Zersplitterung und Verschiedenartigkeit der Parteien einen Nachhalt für seine Politik sich erst von Fall zu Fall schaffen muß.

Wie beides doch die löwenmütigen Fortschrittler vor der Regierung stehen: Sie sind schon zufrieden, wenn Bethmann-Hollweg sie nicht geradezu auslacht oder ihnen Schweigen anbefiehlt. Nicht ist wirklich von einer „Opposition“ nicht zu verlangen.

#### Sine seine Familie.

Professor Soghlet hat bekanntlich gegen den Darmstädter Professor Wagner den schweren Vorwurf der Fälschung erhoben. Wagner hat die Leistung der Abwehr und Gegenangriffe gegen Soghlet einer erprobten Kraft übertragen: sein Sohn, Dr. jur. Wagner, Beamter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, führt die Waffen für den angegriffenen Vater. Dieser freilich mit wenig Glück. Die Nachrichten des Wolffschen Telegraphenbureaus, die Darmstädter Staatsanwaltschaft wurde gegen Professor Soghlet wegen schwerer Verleumdung Wagners öffentliche Anklage erhoben, erweist sich als völlig aus der Luft gegriffen. Soghlet wird es jedenfalls am liebsten bedauern, wenn ihm nicht Gelegenheit gegeben werden sollte, die behaupteten Fälschungen Wagner jen. vor Gericht zu beweisen.

#### Das Schicksal der Paradelandkandidat.

Der Conservator a. D. Lentwein, dem eine „strenge politische, rein nationale“ Kandidatur für den Reichstags-

wahlkreis Karlsruhe-Buchal angeboten werden sollte, hat „aus gesundheitlichen Rücksichten“ erklärt, die Kandidatur nicht annehmen zu können.

#### Steuerfreiheit der Veteranen in Weimar.

Im weimarschen Landtage wurde am Dienstag die Regierung von volksparteilicher Seite aufgefordert, eine Vorlage über die Steuerfreiheit der Veteranen mit einem Einkommen bis zu 1500 Mk. vorzulegen.

#### Staatsüberschreitungen und Beamtenverantwortlichkeit.

Wiederholt mußte der Reichstag in den letzten Jahren gegen die Staatsüberschreitungen in einzelnen Ressorts der Reichsregierung Stellung nehmen und die Regierung ermahnen, sich strenger an die Staatsvorschlüsse zu halten.

Aber diese Forderungen mußten noch viel schärfer formuliert und bedeutend nachdrücklicher vom Reichstag erhoben werden, als es bisher geschah. Einmal im Interesse der Wahrnehmung des höchsten Rechts des Reichstags, des Budgetrechts und zum andern im Interesse einer genügend scharfen Kontrolle der Rechnungsführung der Regierung. Daß die letztere Forderung nicht minder wichtig ist als die erste, lassen die Beratungen in der Rechnungsprüfungskommission des Reichstags deutlich genug erkennen. Es sei nur ein Fall herausgegriffen: Zur Beratung und Nachprüfung stand die Jahresrechnung von 1907. Bei dem Kapitel „Auswärtiges Amt“ fielen bei der Position für Bauten beträchtliche Überschreitungen des Etatsanlages auf. Die Regierung wurde um Auskunft über die Gründe dieser Überschreitung erlucht und die Antwort lautete: Diese Überschreitung rührt noch aus dem Jahre 1906 her. Erneute Frage: Worin bestand 1906 die Ursache der Überschreitung? Antwort der Regierung: Eigentlich ist die Überschreitung schon vom Jahre 1905 übernommen worden! Weitere Fragen folgten und immer weiter reichte die Ursprungszeit der Überschreitung zurück, bis es schließlich den Kommissionsmitgliedern nicht mehr möglich ist, die Berechtigung der Überschreitung im einzelnen nachprüfen zu können.

Das Ende aber ist, daß die Mehrheit der Prüfungskommission und nachher auch das Plenum des Reichstags die Überschreitung bewilligt.

Endlich ist jetzt auch der bürgerlichen Mehrheit der Rechnungskommission die Geschichte zu bunt geworden, und in plötzlich aufwallender Oppositionsluft wurde in einer ihrer letzten Sitzungen beschossen, die Regierung zu verpflichten, bei allen Etatspositionen, die bei der Rechnungslegung nicht abgeschlossen werden konnten, weil noch Rechnungen und Belege ausstünden, ausdrücklich zu vermerken, daß bei diesen Positionen Nachforderungen nötig sind. — Wirkamer wäre es jedenfalls, dazu überzugehen, für jede unbegründete und unberechtigte Staatsüberschreitung die verantwortlichen Beamten haftbar zu machen.

#### Die Pestgefahr in Ostasien.

Die in der Mandchurei sich immer weiter ausdehnende Pestgefahr bedroht auch unsern „Platz an der Sonne“ in Ostasien, die Kolonie Kiautschow. Bei der Beratung des Etats für Kiautschow gab am Dienstag in der Budgetkommission, wie schon an anderer Stelle kurz berichtet, ein Vertreter des Reichsmarineamts näheren Aufschluß über den Umfang der Seuche und über die zu ihrer Abwehr getroffenen Maßnahmen. Er führte aus:

Die Pest, die bisher im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts verhältnismäßig milde aufgetreten war, begann im Herbst vorigen Jahres in der kirgisischen Steppe einen größeren Umfang anzunehmen. Durch Selbsttransporte an die südmandschurische Bahn herangekommen, bahnte sie sich von Chachin aus eine von Hunderten von Pestleichen gekennzeichnete Gasse. Die Zahl der Opfer in dieser Gegend dürfte etwa 1000 betragen, doch ist die Zahl ganz ungewiß. Die jetzt auftretende Pest, die sogenannte Lungenpest, ist identisch mit dem sogenannten Schwarzen Tod, der im vierzehnten Jahrhundert ein Viertel bis ein Fünftel aller Lebenden wegrastete. Bei der Lungenpest ist die Möglichkeit eines Selbstschutzes für das Pflegepersonal sehr eingeschränkt. Anfang Januar hat sich in Mukden ein chinesisch-japanisches Komitee gebildet, das ein Seuchenzoo mit Beobachtungsstation und zweihundert Betten gebildet hat. Viele und andere Quarantänemaßnahmen haben es nicht vermocht, das Fortschreiten der Seuche zu hindern. Die Pest greift jetzt auch in Tientsin und Peking um sich; an der Bahn von Tientsin nach Tsinanjou sind pestverdächtige Fälle vorgekommen. Die Pest steht somit unmittelbar vor den Toren Schantung, wo sie bei der starken Überbevölkerung von verheerender Wirkung sein kann. Die geringen Erfolge der Engländer in Indien lassen es wahrscheinlich erscheinen, daß systematische Abwehrmaßnahmen nicht viel Erfolg haben werden. Anders, dürfen wir hoffen, wird es mit der Möglichkeit der Abwehr der Seuche von der Stadt Tientsin liegen. Der strenge Abschluß der Stadt auf der Landseite durch einen Militärkordon, die Unterbrechung der Eisenbahn bei Sojlang, die Errichtung eines Seuchenzoo für Chinesen außerhalb Tientsins und die genaueste Überwachung aller im Stadtgebiet verbleibenden Personen werden zusammen mit der für alle einlaufenden Schiffe eingerichteten Quarantäne und der Überwachung der Küste überhaupt die Aussicht bieten, die Seuche vor den Toren der Stadt zu halten. Das Gouvernament bedarf hierzu besonderer Hilfskräfte. Es hat deswegen die Ärzte, die mit dem Abfuhrtransport zurückkehren sollten, zurückgehalten. Besonders zu erwähnen ist die Schutzimpfung mit Pestserum, das aus Schanghai, Yokohama und Saigun in ausreichenden Mengen bezogen ist und mit dem alle Personen geimpft werden, die mit Pestkranken in Verbindung kommen können. Frühere Versuche mit dem Serum haben ergeben, daß Impfungen die Sterblichkeitsziffer günstig beeinflussen können. Einzelne Beobachter der Krankheit haben gefunden, daß von den geimpften Erkrankten bis zu 50 Proz. weniger sterben als von den ungeimpften Kranken. Leider dauerte der Schutz der Imp-

fung erfahrungsgemäß nicht über vierzehn Tage.

An die Mitteilungen knüpfte sich eine lebhafteste Debatte, in der verschiedene Mittel zum Schutz gegen die Pestgefahr diskutiert wurden. Der Staatssekretär ersuchte jedoch darum, die Einzelheiten den Lokalbehörden in Kiautschow zu überlassen.

#### Ein klassisches Dokument.

In unserem gestrigen Artikel, der dem Gedächtnis Paul Singers gewidmet war, haben wir auch Bezug genommen auf die Ausweisung Singers aus Berlin. Nach seiner Ausweisung ließ unser verstorbener Genosse an die Berliner Arbeiter ein Flugblatt verbreiten, das als ein klassisches Dokument für jene Zeiten bezeichnet werden kann. Das Flugblatt, das für sich selbst spricht, lautet:

#### Parteigenossen!

Nachdem ich Berlin verlassen habe, drängt es mich, Euch noch ein Wort des Abschieds zu sagen.

Die Polizei hat mich auf Befehl des Ministers des Innern ausgewiesen.

Ich bin ausgewiesen, weil ich die Tätigkeit des Spitzelums aufgedeckt habe und ich mußte dem Ausnahmefall zum Opfer fallen, weil man Leute, die ehrliche durchdringende Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes fordern und welche die Scheinreform der Regierung unerbittlich bekämpfen, die Haltlosigkeit derselben nachweisen, in Berlin nicht duldet.

Man zwingt mich, die Stätte meiner Wirksamkeit zu verlassen. Es ist nicht gelungen, mir das Vertrauen der Genossen zu rauben, es ist trotz der geschäftigsten Verleumdungen nicht möglich gewesen, meine Wähler zu beeinflussen.

Parteigenossen! So wie Ihr stets darauf rechnen könnt, mich für die Befreiung der Menschheit von politischem und wirtschaftlichem Joch kämpfen zu sehen, so rechne auch ich jetzt darauf, daß Ihr unserer Fahne treu und ergeben bleibt und daß Ihr mannhaft zusammensteht, wenn es gilt, unsere heilige Sache zu fördern.

Laßt Euch — dies rufe ich Euch warnend zu — durch keine Provokationen, welche nicht ausbleiben werden, verleiten, den Gegnern gefällig zu sein, behaltet die Köpfe klar!

Stets das erhabene Ziel im Auge, laßt die Frucht reifen, auch für uns kommt die Zeit der Ernte!

Wie dahin unaufhörlichen Kampf gegen die Feinde auf allen Gebieten; wir müssen und werden siegen unter dem Rufe:

Hoch die Sozialdemokratie!

Paul Singer.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 2. Februar.

Die Versammlung der Bürgerausschüsse, welche am Montag, dem 6. Februar 1911 stattfand, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Frage, ob und in welchem Umfang die Bürgerausschüsse eine Revision des Gesetzes vom 19. September 1893, betreffend Anlegung von Wandelgeld, für erforderlich hält. Anträge des Senats: 1. Eröffnung der Geltungsdauer des vierten Nachtrages vom 2. Dezember 1903 zu dem Gesetz vom 27. Mai 1889, betreffend die Einkommensteuer, auf das Rechnungsjahr 1911. 2. Rückänderung und wiederholter Antrag, betreffend Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes u. m. d. a. 3. Beilegung der Amtsbezeichnung „Rektor“ an die Leiter der Mittelschulen und der städtischen Volksschulen. 4. Verkauf eines an der Straße bei der Lohmühle belegenen Arealis an W. Lortz. 5. Verkauf eines Arealis an der Finkenstraße an die Norddeutsche Warenfabrik vorm. Liebknecht u. Stolterfoth G. m. b. H. 6. Beihilfe an den Lübecker gemeinnützigen Bauverein für den Betrieb des Warmbadehauses. 7. Abschließung der nach Süden gelegenen Veranda der Forstballe. 8. Verkauf und Austausch von Staatsarealen in Vöggensee. 9. Quittierung des Stadtkassenverwalters für seine Geschäftsführung im Jahre 1908. 10. Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1911. 11. Herabsetzung der Gebühren für verspätete Zahlung der Beiträge zur Stadtwasserwerk. 12. Errichtung einer Kanallitenelle bei der Hanseatischen Gelandenschaft in Berlin. IV. Antrag von Aug. Bape, betr. Regelung der Schiffsverkehrsverhältnisse auf dem Rageburger See. V. Antrag von Klein, betr. Aufbesserung der Bezüge von Ruhegehalts-, sowie von Witwen- und Waisengeldempfängern. VI. Antrag von Stelling, betr. Gewährung einer den gegenwärtigen Verhältnisse entsprechenden Zulage, an die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter.

Der Bürgerausschuß genehmigte resp. befürwortete gestern außer den bereits in unserer letzten Ausgabe mitgeteilten Senatsvorlagen noch eine Reihe weiterer Anträge; so einen Antrag, betr. Nachbewilligung von 4892,34 Mk. für die Herstellung von Straßen bei der St. Gertrudskirche auf dem Heiligen-Geistcamp und einen Antrag, betr. Verkauf eines Arealis an der Finkenstraße an die Norddeutsche Warenfabrik vorm. Liebknecht u. Stolterfoth G. m. b. H. (980 qm zum Preise von 14 Mk. pro Quadratmeter). Mitgenehmigt wurde noch der Antrag betreffend Bewilligung eines Betrages zu den Kosten der Hafenfähre im Betrage von 2000 Mk.

Die Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahre 1911 beschäftigte den Bürgerausschuß in seiner gestrigen Sitzung. Gutachtlich befürwortet wurde ein Antrag des Senats, der verlangt, daß die Baudeputation ermächtigt werde, von dem insgesamt auf 62471,71 Mk. berechneten Ertrage der Fahrradabgabe für die Rechnungsjahre 1910 und 1911, von dem für noch nicht beendete Ausführungen aus dem Rechnungsjahre 1909 12297,25 Mk. abzuziehen sind, nach Maßgabe der Pläne und des Kostenanschlages des Baudeputations-Balges vom 13. Dezember 1910 folgende Arbeiten auszuführen: 1. Die Anlegung eines Radfahrweges in der Moislinger Dorfstraße vom Hof Moisling bis zur Abzweigung des Weges nach Oberbüßau (4400 Mk.); 2. die Ermächtigung der Steigung des Graefsdorfer Radfahrweges durch Abtragung in den Sandbergstannen (6600 Mk.); 3. die Anlegung eines Radfahrweges in der Finkenstraße (1300 Mk.); 4. die Anlegung eines Radfahrweges neben dem Wege über den Heiligen-Geistcamp von der Arminstraße bis zum Sandbergstannen (4500 Mk.); 5. die Anlegung eines Radfahrweges in der Rahlstraße von der öffentlichen Rampe der Karlsbrücke bis zur Einsiedelstraße und in dieser bis zur ehemaligen Gutta- Travemünder Bahn (9800 Mk.).



## An die Adresse des Herrn von Jagow.

Im „Kleinen Journal“, das wenigstens früher engere Beziehungen zu Hofkreisen hatte, wird die Tätigkeit des Berliner Polizeigewaltigen einer äußerst scharfen Kritik unterzogen. Vor einem Jahre habe „die in so frischer Form zum Ausdruck gebrachte Energie“ (Jagows „Ich warne Neugierige!“) bei vielen Freunden des Bürgerfreunds Verständnis und Anerkennung gefunden; erst nach dem Fiasko von Treptow hätten die Berliner begonnen, an ihrem neuen Polizeipräsidenten irre zu werden. Nach dieser verheißungsvollen Einleitung heißt es weiter:

„Heute blicken wir auf eine einjährige Tätigkeit des Herrn von Jagow: am Alexanderplatz zurück und müssen erkennen, daß wir uns in seiner Persönlichkeit getäuscht haben. Als Mann von wenigen Worten führte er sich ein, nur um in der Folge durch eine ununterbrochene Reihe von Warnungen, Reden und Zuschriften an die Presse diesen guten Ruf wieder völlig zu untergraben. Man hatte von dem Verführer des Bürgerrechts auf die Straße zwar Tatkraft erwartet, wie sie ein tüchtiger Polizeipräsident unbedingt besitzen muß, aber gleichzeitig eine gerechte Objektivität in der Beurteilung aller Fragen, die die Stellung der Polizei zum Publikum betreffen. Diese Forderung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Bei den Vorgängen im Tiergarten wie jüngst während den Moabiter Krawallen, hat Herr v. Jagow kein Verständnis für den Standpunkt und die Wünsche der Bürgerschaft gezeigt. Das schlimmste aber ist, daß er zu jenen gehört, die begangene Fehler nicht eingestehen können, und auch jetzt noch, nachdem drei Gerichtshöfe das Urteil über Moabit und Wedding gesprochen, in seiner Voreingenommenheit gegen das Publikum und für seine Untergebenen verharrt.“

Über den guten Geschmack seiner strammen Kaisergeburtstagsrede, die eine Verherrlichung der Polizei als kaiserliche Leibgarde bedeute, lasse sich streiten; zum mindesten sei sie undiplomatisch. Gerade dem Kaiser sei damit kein sonderlicher Dienst erwiesen:

„Die Redewendung erscheint auch deshalb besonders unglücklich, weil durch sie der Unheimlichkeit erweckt wird, als wenn die Ereignisse von Moabit sich indirekt gegen die Person des Monarchen gerichtet hätten, was selbst diejenigen, die in ihnen eine fernende Revolution mitterten, sich niemals zu behaupten erlaubten. Ebenso bedenklich ist das Lob, das Herr v. Jagow der Berliner Schutzmannschaft in ihrer Gesamtheit in seiner Rede ausstieß. Er folgt dabei zwar nur dem Beispiele des Reichskanzlers, aber das peinliche Aussehen, das die Worte Herrn v. Bethmann-Hollweg in der Öffentlichkeit hervorriefen, hätte ihn darüber belehren sollen, daß er eine ebenso aufreizende wie unhaltbare These aufstellt, wenn er behauptet, daß die Schutzmannschaft ohne Ausnahme „tadellose Mannesucht“ hielt; sich also auch nicht in Einzelfällen Übergreife zuschulden kommen ließ. Wenigstens einer der Richter, die über Moabit zu Gericht saßen, und zwar derjenige, der als der „schneidigste“ im preussischen Sinne galt — Landgerichtsdirektor Liebert — hat gar in seiner Urteilsbegründung so zahlreiche von der Polizei verübte Mißhandlungen konstatiert, daß man nicht mehr von vereinzelten Fällen sprechen könne. Trotzdem brauchte es nicht unsympathisch zu berühren, wenn Herr v. Jagow sich mit seiner vollen Autorität für seine Untergebenen einsetzte, wenn er nur gleichzeitig als Vorgesetzter auch sein Mißfallen über die vorerwähnten Mißgriffe ausgesprochen und eine ernste Mahnung an alle die unentdeckt gebliebenen Beamten gerichtet hätte, deren Vergehen

einwandfrei vor Gericht festgestellt worden sind. Er hat es nicht getan, sondern die Feststellungen der Gerichte in diesem Punkte als entsprungen aus „Phantasie, Suggestion, System“ von dem „Schien-schild der Schutzmannschaft“ fortzumischen versucht. Ein Beginnen, das schon deshalb verfehlt ist, weil es kaum gelingen dürfte.“

Ein objektives Urteil über die Befähigung des Herrn v. Jagow als Berliner Polizeipräsident könne nur die Form erhalten:

„Es muß gesagt werden, daß er sich seiner Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat. Die Tatkraft bleibt bestehen, daß er diese Schwierigkeiten, die vielleicht auch seine Vorgänger nicht einwandfrei überwunden hätten, fortgesetzt durch provozierendes persönliches Eingreifen verschärft und erhöht hat. Selbst in weniger sensationellen Angelegenheiten, als die Unterdrückung von Straßenumzügen und Unruhen, hat der Polizeipräsident keine glückliche Hand gehabt. Wo immer er in das öffentliche Leben der Reichshauptstadt mit Polizeiverordnungen eingriff, entstand Verärgerung und Verwirrung. Möchte es sich um das Verbot vollständiger Theaterveranstaltungen, oder auch nur von Vorkämpfern handeln, stets erschien sein Eingreifen, auch dann, wenn das Recht auf seiner Seite war, brüsk und von reaktionärem Geist diktiert. Es würde zu weit führen, alle die Fälle zu rekapitulieren, in denen sich Herr v. Jagow während seines ersten Amtsjahres im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung in Berlin befunden hat. . . . Aber die Frage drängt sich auf, ob es der ruhigen und gesunden Entwicklung der Stadt Berlin und ihrer Bevölkerung dienlich ist, wenn dauernd zwischen ihr und dem mit so großen Machtbefugnissen ausgestatteten Polizeipräsidenten ein gespanntes und verbitternes Verhältnis herrscht.“

Schon vor längerer Zeit wurde behauptet, Jagow habe sich „unmöglich“ gemacht und werde binnen kurzem lang- und klanglos in der Vertikung verschwinden. Diese Meldung wurde entristet demontiert und Herr v. Jagow dekoriert. Jetzt hat er auch noch einen der höchsten — russischen Orden, den Stanislausorden 1. Klasse erhalten. Wenn ihm solche Attacken wie im Kleinen Journal wirklich das Genick brechen sollten, blüht ihm vielleicht in Rußland eine Tätigkeit, die dort mehr gewürdigt und anerkannt wird, als in dem „undankbaren“ Berlin.

## Aus den parlamentarischen Kommissionen.

**Zu der Budgetkommission des Reichstags**  
gab Dienstag Staatssekretär v. Tizviß auf Anfrage bekannt, daß die Festsetzung in Disposition für das deutsche Schutzgebiet Kiautschou eine sehr drohende sei, zumal es sich um den schwarzen Tod, also um die Lungenseuche handele. Die Abwehrmaßregeln, die für das Kiautschougebiet getroffen worden seien, ließen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß das Gebiet von der Seuche verschont bleiben werde. Ein Arzt gab eine instruktive Darlegung über die Art und Gefährlichkeit der Pestseuche, woran sich eine lebhafteste Debatte knüpfte.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam es zu einem Zusammenstoß zwischen den sozialdemokratischen Mitgliedern und den Vorstehenden v. Camp, der die Sozialdemokraten fortgesetzt durch deplazierte Bemerkungen belästigte. Die Genossen Ledebour und Noke protestierten energisch gegen diese unzulässige Praxis. Herr v. Camp verteidigte sich und gab die Erklärung ab, daß er zugeben müsse, daß die Sozialdemokraten die Verhandlungen der Kommission nicht so verschleppen, wie manche andere Partei.

Die Beratung des Marineetats wurde zu Ende geführt. Der Staatssekretär legte die in voriger Woche abgelehnte Errichtung eines Marinela-arets auf Helgoland doch noch durch, jedoch sind ihm statt der geforderten 200 000 Mk. nur 160 000 Mk. bewilligt worden. Erhebliche Summen erfordern wieder die Werftanlagen in Wilhelmshaven. Zur Vergrößerung des Baubauins um, wird als 11. Rate eine Million verlangt; 34 070 000 Mk. sind dafür bereits ausgegeben worden. Für Erweiterung der Werft nach dem Gms-Adel-Kanal zu werden 4 500 000 Mk. als 6. Rate gefordert; 18 Millionen Mark sind schon verausgabt; eine weitere Ausgabe von 8 Millionen behält sich die Verwaltung noch vor. Für Herstellung eines Durchstichs durch die Schleuseninsel und zur Verbesserung der Trockendocks werden 925 000 Mk. gefordert; diese Unternehmungen sollen rund 6 Millionen kosten. 200 000 Mk. setzte die Kommission vorläufig ab. Für die Anlage eines Hafens für kleinere Schiffe bei Helgoland werden 55 Millionen als 4. Rate gefordert; die ganze Anlage kostet 80 Millionen. Die Artillerieverwaltung verlangt für Küstenbatterien usw. 5 625 000 Mk.; die gesamte Anlage kostet 80 Millionen. Der Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat für die Marine beläuft sich im kommenden Etatsjahre auf 89,7 Millionen gegen 92,5 Millionen im Vorjahre.

Die dem Marineamt unterstellte Kolonie Kiautschou erfordert einen Zuschuß von 7 708 160 Mk.; die Gesamteinnahme beträgt 13 542 834 Mk. Auf eine Anfrage erklärte der Staatssekretär, der jetzige Gouverneur habe seinen Abschied eingereicht. Der Neubefehl dieses Postens würden sich Schwierigkeiten in den Weg stellen, wenn die Kommission darauf beharre, die bisher bewilligte persönliche Zulage von 10 000 Mk. fortan nicht mehr zu zahlen. Der Gouverneur erhielt bisher 18 000 Mk. Gehalt, 12 000 Mk. Kolonialzulage, 10 000 Mk. Repräsentationszulage und 10 000 Mk. persönliche Zulage, im ganzen also 50 000 Mk. Der Nationalliberale Dr. Görke-Brandenburg, der im vorigen Jahre auf Reichskosten, die der Reichstag aber nicht bewilligt hat, eine von der Marineverwaltung arrangierte „Studienfahrt“ nach Kiautschou unternommen hat, trat für die Weiterzahlung der persönlichen Zulage ein. Selbst ganz einfache Leute in Kiautschou hätten ihm erklärt, der Gouverneur müsse 50 000 Mk. erhalten. Von Sozialdemokratischer Seite wurde scharf gegen die Zulage Stellung genommen, Görkes Verhalten kritisiert und betont, wenn der Gouverneur tatsächlich die Aufgabe habe, die Handelsinteressen zu fördern, sei die sehr teure Gesandtschaft in Peking überflüssig. Abgesehen sei es das richtigere, nicht nur die Zulage für den Gouverneur, sondern künftig die ganze Kolonie Kiautschou als für Deutschland wegschließend zu bezeichnen. Es müsse die Rückgabe an China angestrebt werden. Sogar der Schatzsekretär Wermuth wandte sich gegen die nationalliberalen Gefälligkeitsdienste für den Gouverneur. Er betonte, wegen der Zulage seien noch keine Verhandlungen gepflogen worden, worauf Herr v. Tizviß einlenkte. Gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten wurde die Zulage abgelehnt. Der Freisinnige Gethoff stimmte mit den Linken für die Zulage.

### Reichsversicherungsordnung.

In der Kommissionssitzung am Dienstag wurde über die Zusammenfassung der Oberlandesgerichte beraten. Graf v. Westarp (Konservativ) beantragte, außer dem Vorsitzenden und den vier Landespräsidenten noch einen Beamten zur Spruchkammer hinzuziehen. Um bei dieser Zusammenfassung einen Beschluß durch Majorität herbeizuführen, sollten der Vorsitzende und der älteste Richter der Unternehmungen und der Arbeiter je zwei Stimmen erhalten. Gegen dieses Votum stimmte nur eine von unsern Genossen Anspruch erhoben, auch die Kommissionenmehrheit schloß sich den Bedenken an und lehnte den Antrag ab. Es bleibt also bei der Regierungsvorlage.

Bei dem § 92 gefaßte die Kostenbedarfsfrage für die Oberversicherungsämter zur Entscheidung. Die Kommission hatte in erster Lesung beschlossen, die Kosten sollten von den

## Burg Plümeran.

Eine mecklenburgische Ritter- und Dorfgeschichte.

(56. Fortsetzung.)

Viertes Buch.

Erstes Kapitel.

Die Pastorin hatte sofort den beiden jungen Damen die Hofmanns betreffende Mitteilung mitgeteilt. Auguste ward durch dieselbe zuerst tiefer verletzt, als Sophie. Aber nur einen Augenblick ward sie an Eugen irre, bald sagte sie sich, daß es ihrer unwürdig, ja daß es lächerlich wäre, ihn schuldig zu glauben. Was in Sophie und ihrer Mutter den Verdacht gegen Eugen stärkte, nämlich, daß er so gänzlich mit den Verwandten in der Burg zerfallen war und ihnen nicht einmal eine Nachricht von seinem Pariser Aufenthalt gegeben hatte, gerade dies sprach bei Wolf bewußt und bei Auguste unbewußt unsern Freund völlig frei von der Schuld, die man ihm aufzubürden suchte. Daß Eugen nicht fähig wäre, ein Mädchen zu verführen und dann zu verlassen, das stand festest in Wolfs Überzeugung und auch in Augustens Gefühl.

Während diese Geschichte — Wolf hatte sich überzeugt, daß, soweit sie das Fräulein betraf, Wahrheit daran war — die Bockdorfer Familie in Aufregung und Zwiepsalt hielt, langte ein Brief des Pastors Ritt an, in welchem er geradezu um Sophiens Hand anhielt. Wolf war am Morgen des Tages, da das Schreiben kam, nach Thüringen gereist, um sich dort den Kindergarten des alten Fröbel anzusehen, da er ein solches Institut als passend für Mansberg ansah. Die Pastorin erbrach also den Brief und händigte denselben auch ihrer Tochter ein, die ihn, nachdem sie ihn gelesen hatte, stillschweigend der Mutter zurückgab. Das schien dieser kein ungünstiges Zeichen, und sie begann deshalb sogleich die vorteilhaften Seiten der Partie herauszufahren. Sie schminke dem Herrn Ritt die lebenswürdigste Persönlichkeit an, und seine Einkünfte und seine Habe wurden durch die Zunge der guten Frau fast eben so vielfältig vermehrt, wie die Herden und die übrigen Güter des wiedergewonnenen Fiobs durch die Hand des mächtigen Gnoh.

Ränge hörte das Mädchen die lobpreisenden Phantasien der Mutter stillschweigend an; dann rief sie heftig und schluchzend aus: „Nun es sei! Ich will ihn nehmen. Von Glück kann beim Heiraten eines Menschen, wie er ist, nicht die Rede sein, aber Glück ist ja auch nicht für mich!“

Eugen hat mich betrogen: O, ich habe ihn geliebt, geliebt, und er hat mit mir geschwiegen! Er macht mich glauben, ja, ich mußte es glauben: er liebt mich, und zu derselben Zeit buhlte er mit einer anderen! Mein Lebensglück ist dahin, es ist unrettbar zerbrochen. Alles ist entzweit! — Nur zu, Mutter, bestimme über mich! — Ich fühle, diese Heirat wird mein Tod sein, aber nur zu! Schreibe doch deinem Freunde, daß er sich die Braut holt; ich bin ja gewillt; hörst Du's? — Lautweinend warf sich das Mädchen auf einen Stuhl.

Wohl erschrak die Pastorin ein wenig über diese Leidenschaftlichkeit, aber im Grunde ihres Herzens jubelte sie doch darüber, daß ihr Lieblingsplan sich zu verwirklichen schien. „Es wird sich schon geben, wie's Griechische“, sagte sie bei sich, und die Fäden, die anfangs sich einmal ordentlich beissen, vertragen sich später am besten.“ Sie sagte das Mädchen um und küßte es und sagte ihm: sie solle nur eine gute Tochter sein und alles werde sicher dann auch gut ausfallen; und sie werde noch oft den Tag segnen, an welchem sie zuerst den guten, frommen, wackeren Ritt gesehen habe. Diese Äußerungen entflammten Sophiens Heftigkeit von neuem. „Zum Glück?“ rief sie, indem sie vom Stuhl aufstand und die Mutter mit funkelnden Blicken durchbohrte, „zum Glück? Nimmst Du das ein Glück, ein Geschöpf zu betören, dem ich noch gestern nicht erlaubt hätte, meine Nägelschnitzel aufzulösen? Deinen Augen mag er fromm und wacker erscheinen, den meinsten ist er ein faßes, trübseliges, kopfhängerisches Geschöpf. Aber nehmen will ich ihn doch! Ich will ganz elend, ganz unglücklich sein. Deshalb gratuliere Du mir denn nicht, Auguste? Wirst Du doch meine Kranzjungfer sein, Mädchen?“

„Bewahre Gott!“ sagte die Pastorin, „dazu nimmt man nur christliche Mädchen.“

Auguste hatte bisher der Unterredung schweigend zugehört. Die Mißstimmung, welche, durch Sophiens heftige Launen und kleinliche Neckereien verursacht, seit kurzem in ihrem Herzen sich einen Platz gewonnen hatte, verschwand in diesem Augenblick. Sie sah Sophie unglücklich, das war genug, um derselben ihr ganzes Herz wieder zu schenken. Auguste ergriff die Hand der Schwester und dieselbe sanft drückend, sagte sie: „Liebe, liebe Sophie, Du bist unglücklich, aber Du bist es nur, weil Du Dich selber täuschst. Dein Freund, — unser Freund, — ist sicherlich nicht schuldig. Er kann nicht lügen. Das darfst Du, wenn Du ihn liebst, ja auch nimmer von ihm denken, — und Du denkst es auch wohl nicht.“

„Nimmst Du?“ sagte Sophie, welche einen Augenblick zweifelte, „sollte er unschuldig sein? Sollte das Gerücht lügen?“ Aber nach kurzen Sinnen rief sie heftig: „Was? was? er hat mich auch wohl nicht getäuscht, mich nicht hintergangen? Du, Auguste, warst ja immer sein Advokat. Ich bin auch nicht die einzige hier im Hause, die ihn hübsch gefunden; die schöne Rachel, die geistreiche Rachel, die feinführende, die schwärmerische Rachel hat ja auch ebensoviele, ja selbst triftigere Ansprüche an den schlauen Jakob, als die häßliche Lea!“

„Du willst sie doch wohl nicht etwa mit Rachel und Dich mit Lea vergleichen? Gerade umgekehrt!“ sagte die Pastorin.

„Ja, ja, Mutter, sie hat sich auch in ihn vergast, sie liebt ihn auch!“ rief Sophie.

„Oh!“ sagte die Pastorin, „das glaube nur nicht, Kind; der Eugen ist ja keiner von unsrer Leute.“

Auguste erwiderte nichts auf diese Schmähungen. Sie sah Sophie mit einem langen schmerzlichen Blicke an; die Tränen stürzten ihr plötzlich aus den Augen; sie lief hinaus, hinab zum Seeufer und warf sich dort, so arm und so unglücklich, wie sie sich nie zuvor gefühlt hatte, ins Gras.

Am zweiten Juni empfing Eugen folgenden Brief:

Mein Herr!

Sie werden sich wundern, daß ein Mädchen, welches Sie so wenig kennt, sich erdreistet, Ihnen zu schreiben. Ich denke aber, daß Sie mir meine Dreistigkeit verzeihen, wenn Sie diesen Brief gelesen haben.

Die Freundschaft, welche ich für meine Pfleger Schwester hege, fordert von mir, daß ich offen mit Ihnen rede. Ein Fremder hat Sie in unserem Hause schwer verleumdet. Mein Herr, man hat Sie eines Verbrechens bezichtigt, um Ihnen das Herz eines Mädchens, das Ihnen, wenn ich mich nicht irre, teuer ist, und dem auch Sie wert sind, abwendig zu machen.

Ein Mädchenherz ist, sobald es verletzt worden, oder sich verletzt glaubt, sehr geneigt, sich noch unglücklicher zu machen, als es ohnehin schon ist.

Ich weiß, daß, wenn meine Annahmen falsch waren, Herr Eugen von Plümeran diesen Brief, als nicht an ihn geschrieben, betrachten wird.

Wolffort, 30. Mai 1848.

Rachel Löwe.  
(Fortsetzung folgt.)



Bundesstaaten getragen werden. Die Vorlage wollte den Bundesstaaten nur einen Teil der Beamtengehälter auferlegen. Da die Regierung die Kostendeckung nach den Beschlüssen der ersten Lesung für unannehmbar erklärte, hatten das Zentrum, die Konfessionsvereine und Nationalliberalen beantragt, die Kosten in der Weise auf die Versicherungsträger zu legen, daß für jede Streitfläche ein vom Bundesrat zu bestimmender gleichmäßiger Kostenbetrag gefordert werden sollte. Die Beschlüsse der Beamten sollten die Bundesstaaten übernehmen. Bei der Abstimmung hatten einige Mitglieder der Konfessionsvereine aus Unkenntnis der Sachlage gegen den Kompromißantrag gestimmt, so wurde der Antrag mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt und die Beschlüsse erster Lesung mit 11 gegen 10 Stimmen angenommen.

Das Wahlverfahren für die Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt wurde infolgedessen vereinfacht, als nur Wähler beim Oberversicherungsamt die Wahl vollziehen, während die Vorlage auch die Wähler bei den Ausschüssen der Landesversicherungsanstalten mit der Wahl der Hälfte der Vertreter betrauen wollte.

Bei dem § 112 verließen unsere Genossen, gegen die Vorlage, die für die Senate fünf Mitglieder vorsieht, die bisherige Zusammensetzung aus 7 Mitgliedern beizubehalten. Die Regierung machte für die Herabsetzung der Weisungszahl finanzielle Erwägungen geltend, während unsere Genossen darauf hinwiesen, daß diese Einrichtung jetzt 25 Jahre bestanden habe und im Interesse erhöhter Rechtsgarantien dringend erforderlich sei. Nachdem den Arbeitern bei Unfallfällen in wichtigen Fragen das Rekursrecht genommen ist, bedeutet die Verminderung in der Zahl der Weisung eine weitere Verringerung der Arbeiter. Obwohl die bürgerlichen Parteien, besonders das Zentrum und die Volkspartei, in der ersten Lesung erklärt hatten, sie seien gegen die Verschlechterung, stimmten sie jetzt geschlossen den Antrag nieder.

Nachdem das Zentrum durch seinen Umfali die Sonderversicherungsämter wieder hergestellt hat, ging es nun auch dazu über, die Landesversicherungsämter wieder herzustellen. Nur den kleineren Bundesstaaten soll das Recht genommen werden. Ein entsprechender Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen.

Jede Sitzung der Kommission bietet jetzt das charakteristische Schauspiel, daß das Zentrum die Aufhebung seiner Beschlüsse erster Lesung beantragt und daß schließlich die Zentrumsgesandten gegeneinander stimmen.

#### Kurpfuscher.

Die Kommission zur Beratung des Gesetzesentwurfes zur Beseitigung von Mißständen im Heilgewerbe nahm am Dienstag ihre Verhandlungen wieder auf. Der § 1 des Gesetzes schreibt für Krankenbehandler, die keine staatliche Approbation besitzen, die Anmeldepflicht vor. Die lange Debatte drehte sich in der Hauptsache um eine Begrenzung des Begriffs: Kurpfuscher. Die Vertreter der Regierung waren nicht in der Lage, eine genaue Definition zu geben, denn sie mußten zugestehen, daß sich auch unter den nicht-approbierten Krankenbehandlern Kanariener, gewissenhafte Leute befinden. Der sozialdemokratische Seite wurde verlangt, den Anmeldepflicht auf alle Krankenbehandler ohne jeden Unterschied auszuweiten. Das Zentrum bemühte sich, die Personen aus dem Gesetz herauszubringen, die sich mit der Behandlung von Tierkrankheiten befassen. — Die Verhandlungen werden am 3. Februar fortgesetzt.

#### Gewerbeordnungskommission.

In der Dienstagssitzung der Kommission kam es über die Frage, ob außer der Regierungsvorlage auch andere Paragraphen beraten werden sollten, zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte. Von sozialdemokratischer Seite lagen zu den §§ 115—119 der Gewerbeordnung, die in der Regierungsvorlage unberührt geblieben sind, verschiedene Änderungsanträge vor, die das Verbot, Waren zu kreditieren und auf den Lohn anzurechnen, die Vorschriften, den Arbeitern die nötigen Werkzeuge und Materialien unentgeltlich zu stellen und die geistliche Heilung wackelnder Lohnzahlungsfreisten betreffen. Ferner wurde eine Vorschrift angestrebt, daß der Lohn spätestens am Tage nach der Auflösung des Arbeitsverhältnisses zu zahlen ist; dann soll die Garantie gegeben werden, daß der durchschnittliche Tagesarbeitslohn gezahlt wird, wenn bei Akkordarbeiten vor Beginn der Arbeit keine Vereinbarung zustande kommt. Ein anderer Antrag fordert die Bestimmung, daß den Arbeitern die ihnen vom Betriebsunternehmer überlassene Fabrikwohnung bis zum Schluß des der Wohnungsfindung folgenden Monats auf Verlangen belassen werden muß. Endlich verließen unsere Genossen, durch Änderungsanträge zu den §§ 117 und 117a die Mißstände im Betriebe der Werkpensionskassen für die gewerblichen Arbeiter zu beseitigen.

Die bürgerlichen Kommissionsmitglieder waren nicht zu einer Beratung dieser Anträge geneigt. „Vielleicht“ will man nach der Beratung der Regierungsvorlage auf sie zurückkommen.

Die Beratung des § 120 der Regierungsvorlage, der die Fortbildungspflicht der jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren bestimmen soll, regelte die Annahme eines Antrages (S. d. R. (S. d. R.)), der infolgedessen über die Regierungsverträge hinausgeht, als er vorschreibt, daß für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern ein Ortsrat für alle männlichen gewerblichen Arbeiter unter 18 Jahren erlassen werden muß.

Anträge unserer Genossen, die auch die Handlungsgehilfen und das Gelände in den Kreis der zum Besuch der Fortbildungsschulen Verpflichteten einbeziehen wollten, wurden abgelehnt.

### Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 1. Februar 1911.

119. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Im Bundesrat: Vermuth.

Die dritte Beratung des

#### Zwangsversicherungsgesetz.

Einige Reize von Paragraphen wird nach den Kompromißanträgen Graf Beckerp und Genossen angenommen.

Bei § 9, der den Reich 10 Proz., den Gemeinden 40 Proz. und den Bundesstaaten 50 Proz. des Entreges der Steuer trägt, widersetzten die Sozialdemokraten ihren Antrag aus der zweiten Lesung, wonach den Gemeinden 60 Prozent gewährt werden soll und das Reich aus seinem Anteil jährlich 6 Millionen Mark für die Kriegsveteranen zu erhalten hat.

S. d. R. (S. d. R.): Wir halten es für unbedingt notwendig, den Gemeinden einen größeren Anteil an dem Entreges der Steuer zu gewähren. Auch muß die Unterstützung der Veteranen gesichert werden.

C. u. n. (S. d. R.) erklärt sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten und begründet einen Antrag, bei der Regelung der Verteilung des Entreges der Gemeinden an der Steuer zwischen Gemeinden und Gemeindeverbänden durch die

Landesgesetzgebung den Gemeinden über 2000 Einwohner 75 Proz. des Anteils zu belassen.

Dr. Weber (N. L.): Der sozialdemokratische Antrag ist ganz unlogisch, da ja die Sozialdemokraten das ganze Gesetz ablehnen wollen.

S. d. R. (S. d. R.): Wenn Sie unsere Anträge annehmen, wird unsere Stellung zum Gesetz eine andere werden. Wir versuchen jetzt wieder, das Gesetz zu verbessern. Nehmen Sie also unseren Antrag an und warten Sie ab, wie wir uns dann zum Gesetz stellen werden. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Reichssekretär Wermuth: Ich kann nur auf das bestimmteste versichern, daß der Abbau des Umschlagstempels nur durch die Annahme des Gesetzes möglich ist.

Dr. Rothoff (W. p.): In den Abbau des Umschlagstempels glaube ich nicht. Bis zum 1. Juli 1914 werden Verhältnisse eintreten, die seine Aufhebung nicht erlauben.

Reichssekretär Wermuth: Wenn Sie mir nicht glauben, so glauben Sie wenigstens der Tatsache, daß Sie mit der Ablehnung des Gesetzes uns die Möglichkeit überhaupt nehmen, den erhöhten Umschlagstempel zu beseitigen.

Die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. C. u. n. werden abgelehnt.

§ 49 wird unverändert angenommen.

Bei § 49a, der den Gemeinden das Recht gibt, Zuschläge zu erheben, begründet C. u. n. (W. p.) einen Antrag, bei dem Satz „die Zuschläge dürfen für die verschiedenen Grundstücksarten verschieden festgelegt werden“ einzufügen: „... Grundstücksarten und nach der Dauer des für die Steuererhebung maßgebenden Zeitraums.“

Der Antrag wird angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen, dem Gesetze einen neuen § 58 zuzufügen: Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Zündholzwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 außer Kraft.

Br. v. (S. d. R.) mit ostentativer Unruhe vom schwarzblauen Block empfangen: Der Steuerfreiheit der Landeskassen haben Sie gestern zwei Stunden gewidmet, dem Versuch, das Elend der Zündholzarbeiter zu mildern, suchen Sie sich zu entziehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bei der zweiten Lesung sprach mein Parteifreund Göhre von der Not und dem Elend, die bei den Zündholzarbeitern eingetreten sind. Da erschollen rechts und aus der Mitte Rufe des Widerstands. Inzwischen haben aber die Fabrikanten selbst auf ihrer Generalversammlung den traurigen Zustand der Industrie geschildert. Wenn ein Steuergesetz solche Not verursacht, ist es die Pflicht der gesetzgebenden Faktoren, so schnell wie möglich eine Änderung herbeizuführen. Unser Antrag zeigt den Weg dazu. Die Selbsthilfe der Fabrikanten hat versagt, ebenso die zum Schutze der Industrie in das Gesetz aufgenommenen Bestimmungen; den Schutz der Arbeiter hat das Gesetz überhaupt außer acht gelassen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie gewöhnlich!) Eine Statistik über 34 Betriebe, der Hälfte aller Betriebe mit der Mehrzahl der Arbeiter, ergab, daß schon im letzten Quartal 1909 22 Betriebe die Fabrikation einschränkten und die Arbeiter mit Ausfällen beglückten, die Arbeiter erlitten eine Einbuße von 174 Arbeitsstunden und 803 Arbeiter wurden überhaupt entlassen. Im Jahre 1910 stieg die Zahl der Betriebe, welche die Arbeitszeit einschränkten, um weitere 8, und weitere 978 Arbeiter wurden entlassen, im ganzen wurden also 1783 Arbeiter arbeitslos.

#### als Opfer der Zündwarensteuer.

eine ganz ungeheure Zahl im Vergleich zur Zahl der Beschäftigten. Sie müssen es uns als Verdienst anrechnen, wenn wir im Interesse der in Not und Elend gestochenen Arbeiter und im Interesse der Industrie die fürchterlichen Folgen dieser Steuer zu beseitigen versuchen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Auch in diesem Jahre waren wieder mehrere große Fabriken gezwungen, den Betrieb einzustellen. Ich frage, was will der schwarzblaue Block und was will die Regierung tun?

#### zur Unterstützung der Opfer ihrer Finanzreform.

Sie sprachen von einer Besteuerung auch der Ertragsmittel der Zündwaren. Dadurch würde das Elend nicht beseitigt, sondern vermehrt. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Durch die Besteuerung von Feuer und Licht ist Deutschland in den Ruf gekommen, die Finsternis und die dunklen Mächte zu schüren und zu hegen. Die Annahme unseres Antrages liegt also im Interesse des Reiches, im Interesse der Industrie und im Interesse der Arbeiter. (Bravo! b. d. Soz.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wird das ganze Gesetz mit 199 gegen 93 Stimmen bei 20 Stimmenthaltungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der vorgestern abgebrochenen Beratung über die Petitionen betr. Abänderung des Impfgesetzes und

#### Aufhebung des Impfwanges.

S. d. R. (S. d. R.): Wenn die Verteidiger des Impfwanges sich ihrer Sache so sicher wären, wenn wirklich die Wissenschaft ihr letztes Wort in dieser Sache gesprochen hätte, so bräuchten die Herren von der Regierung und der Kollege Dr. Arning nicht den herausfordernden, beleidigenden, ja beschimpfenden Ton gegen die Impfgegner anzuschlagen, wie sie ihn neulich angeschlagen haben. Mit Recht protestieren die Impfgegner dagegen, daß man fortwährend ihre Bestrebungen verdächtigt. — Herr Kollege Arning tat sich sehr viel zugute auf seine Eigenschaft als Sachverständiger und war mit Zahlen außerordentlich freigiebig. Aber er weiß doch, daß man aus Zahlen alles Mögliche herauslesen kann. (Zustimmung.) So muß er denn anderen Leuten schon erlauben, andere Resultate aus seinen Zahlen herauszulesen als er. Die impfgegnerische Bewegung würde nicht diesen Impfwang angenommen haben, wenn nicht erweislich zahlreiche Fälle schwerer Schädigung durch die Impfung sich ereignen hätten. (Sehr richtig! b. d. Impfgegner.) Männer der Wissenschaft, anerkannte medizinische Autoritäten, Stabsärzte, Professoren, Ärzte stehen an der Spitze der impfgegnerischen Bewegung. Und da wagt man es, diese Bewegung als eine verbrecherische hinzustellen. In die Verteilung dieser Art der Kampfwaffe können doch auch Anhänger des Impfwanges einstimmen, wenn der Fanatismus sie nicht völlig verblendet. (Lebh. Zustimmung auf verchied. Seiten.) Ein volles Faß hat die Impfung z. B. in Japan erzielt. Sie gibt den Ärzten recht, die darauf hinweisen, daß die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Verbreitung besserer hygienischer Grundzüge, die wir in erster Linie den Naturheilverfahren verdanken, jedenfalls mehr zur Verhütung der Pocken beigetragen haben, als die Impfung. Wohl verstanden, es sind selbst Impfanhänger, die unter dem erdrückenden Gewicht des vorliegenden Materials zu dieser Folgerung gelangt sind. (Hört, hört!). Die Naturheilverweise will ich bei dieser Gelegenheit zu erwähnen nicht vergessen; diese haben sich ganz besondere Verdienste um die Vermehrung der Böder erworben. Sie sind es vielfach gewesen, die es erreicht haben, daß auch in sehr kleinen Gemeinden öffentliche Bäder errichtet wurden. Schon dieses große Verdienst sollte sie vor Verdächtigungen und Verleumdungen hehalten. (Lebh. Sehr richtig.) Die Annahme der Pocken ist wie die Annahme der Pest im wesentlichen auf die

Fortschritte zurückzuführen, die die Reinlichkeit gemacht hat. Daß Europa so lange von der Pest verschont geblieben ist, ist ebenfalls hierauf zurückzuführen. Es wird jetzt im Hinblick auf das Ausbreiten der Pest in Ostasien auch

#### die Schimpfung gegen die Pest

gefordert. Hoffentlich verläßt man nicht wieder in den Fährten, einen neuen Impfwang einzuführen. Aus allen diesen Gründen bitten wir um Annahme unseres Antrages, daß wenigstens die Teile der einschlägigen Petitionen, die um Aufhebung des Impfwanges bitten, dem Reichstag zur Berücksichtigung überwiesen werden. Wir wollen selbstredend kein Verbot der Impfung, wir wollen nur die Beseitigung des Gewissenszwanges. (Sehr richtig! b. d. Impfgegner.) Wir akzeptieren aber auch den Zusatzantrag der Herren von Damm und Gen., wonach auch die Petitionen zur Berücksichtigung überwiesen werden sollen, welche eine staatliche Entschädigung der durch die Impfung Geschädigten verlangen. Der Kollege Pfeiffer hat hier von einem Beamten des Polizeipräsidiums gesprochen, der geäußert habe,

#### die Eltern müßten in Ketten gelegt werden,

die ihre Kinder der Impfung entziehen. (Lebh. Hört, hört!) Ich kenne den Herrn nicht, der so gesprochen haben soll. Das aber muß ich sagen: wenn sich wirklich Polizisten finden sollten, die Leute aus diesem Grunde in Ketten legen, so stehen diese Polizisten beinahe

#### auf gleicher Stufe mit dem Gendarm Münter.

der, wie sich jetzt unzweifelhaft herausstellt, unschuldige Leute ins Zuchthaus gebracht hat. (Lebh. Sehr wahr! b. d. Soz.) und den man deshalb ohne Übertreibung einen der größten Lumpen nennen darf, die je existiert haben. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Ich bitte nochmals unserem Antrag stattzugeben, der einen unerträglichen Gewissensdruck beseitigen will. (Lebh. Beif. b. d. Impfgegner.)

Ein Regierungskommissar erklärt, daß nach wiederholten Gerichtsentscheidungen unfreiwillig der Polizei das Recht zustehe, eventl. physischen Zwang anzuwenden. Es sei aber durchaus nicht glaubhaft, daß ein Beamter des Polizeipräsidiums gedroht habe, Ketten anzulegen. (Abg. Pfeiffer (Z.) ruft erregt: Und das Wort ist doch gefallen! Vielfaches Hört, hört!)

v. Damm (W. p.) tritt für den Antrag Sachs-Seeberg (Überweisung zur Berücksichtigung) und den von ihm gestellten Zusatzantrag (Entschädigung der durch Impfung Geschädigten) ein. Der Reichstag habe seinerzeit kein Zwangs-gesetz schaffen wollen. Das Oberverwaltungsgericht aber hat sich für die Zulässigkeit des Zwanges entschieden. Dadurch seien unerträgliche Gewissenskonflikte heraufbeschworen worden. (Lebh. Zustimmung b. d. Impfgegner.)

S. d. R. (W. p.): Die hart umstrittene Frage der Impfung bedarf auf jeden Fall einer gründlichen objektiven Nachprüfung. Persönlich bin ich für Aufrechterhaltung des Impfwanges, aber ich misbillige durchaus die argen politischen Übergriffe. Vielleicht kann das Impfgesetz so gemildert werden, daß eine Gewissensklause eingefügt wird, wonach die Kinder der Personen, die die Impfung nicht vor ihrem Gewissen verantworten können, vom Impfwang befreit werden.

Dr. Käßbender (Z.) begründet einen Antrag, der hauptsächlich die Einlegung einer paritätischen Kommission fordert. Es ist nicht zu bestreiten, daß durch die Impfung und bei der Impfung schon Krankheiten übertragen worden sind. Da kann man sich nicht wundern, daß die Eltern ihre Kinder zum Impfen nicht hergeben wollen. In Preußen können nach den Ausführungsbestimmungen des Gesetzes die Kinder auch zwangsweise dem Impfarzt zugeführt werden. Soll ein solcher Zwang aufrechterhalten bleiben, so müssen wir sicher sein, daß die Impfung das einzige und sichere Mittel gegen die Pockenkrankheit ist. Nun gibt es aber ganz hervorragende medizinische Autoritäten, die das fast vollständige Erlöschen der Pocken in Deutschland nicht auf die Zwangs-impfung, sondern auf die verbesserte allgemeine Prophylaxe (Vorbeugungs- und Verhütungsmassregeln) zurückführen.

Geb. Obermedizinalrat Dr. Richter warnt vor einer Unterdrückung der Pockengefahr. Die Pocken sind derartig in Vergessenheit geraten, daß das Publikum und vielfach sogar Ärzte, sie gar nicht mehr kennen und daher beim Beginn auch nicht erkennen. Durch die besten hygienischen Einrichtungen allein können die Pocken nicht überwunden werden, denn es ist nicht richtig, daß die Pocken eine Schmutzkrankheit sind und daß reinliche Menschen von ihnen nicht befallen werden. Das einzige erfolgreiche Mittel, um sie zu verhüten, ist die Impfung. Wir wären glücklich, wenn wir sie auch bei der Cholera, der Pest und anderen Krankheiten anwenden könnten; leider schlägt bei keiner dieser Krankheiten die Impfung so lange wie bei den Pocken. Es gibt nach einem Worte Robert Koch's Krankheiten, bei der die Verhütung wichtiger ist, als die Behandlung, und hierzu gehören die Pocken. Die Erfolge der Impfung sind glänzend trotz aller Behauptungen der Impfgegner. (Beifall bei den Impfgenern.) Wie die Impfgegner stets gekämpft haben und immer noch kämpfen, dafür nur ein Beispiel: In diesem Buche (Redner zeigt es vor) ist der Grund der Impfung, Dr. Jenner, mit den Leuten dargestellt, die er geimpft hat; da sehen Sie einen Jungen, dem aus dem Arme eine Kuh wächst und eine Frau, der aus dem Munde ein Kalb heraus-springt. (Große Heiterkeit.) Redner verweist auf das Beispiel der deutschen Armee, die 1870, im Gegensatz zur französischen, fast pockenfrei geblieben ist. In der Schweiz, Belgien, Frankreich und Rußland kommen fortgesetzt Pockenfälle vor, da können wir auf die Impfung nicht verzichten. Ganz unerlässlich ist die Forderung der Entschädigung für sogenannte Impfschäden. Da würden bald alle Eltern, die selbst die Schäden verschuldet haben, mit Ersatzansprüchen kommen. Von einem Zusammenwirken der Impffreunde und Impfgegner in einer Kommission versprechen wir uns gar nichts, da der heftige Ton der Impfgegner ein Zusammenarbeiten mit ihnen unmöglich macht. Gehen Sie über die Petitionen zur Tagesordnung über. (Lebh. Beifall b. d. Impfgenern, Oho-Rufe b. d. Impfgenern.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen, nachdem Vizepräsident Schulz unter großer Heiterkeit mitgeteilt hat, daß noch sieben Redner gemeldet sind.

Es folgen eine konservative Interpellation betreffend die Überschwemmung des Geldmarktes mit fremden Papieren.

Nächste Sitzung Montag 2 Uhr. (Zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes.)

Schluß 6½ Uhr.

### Aus der Partei.

Die Beerbigung des Genossen Singer findet Sonntag mittags 12 Uhr vom „Vorwärts“-Gebäude aus, wo die Leiche am Mittwochabend aufgebahrt worden ist, statt. Der Beerdigung hement sich nach dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, wo auch die Genossen Liebschütz und Auer beigesetzt



find. Einzelheiten werden morgen mitgeteilt werden. Kränze und Blumenpenden sind an die Redaktion des „Vorwärts“ zu adressieren.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Ein Lokustampf in den Kinderwagenfabriken in Zeitz** scheint unvermeidlich zu sein. Wie schon mitgeteilt, wurden den Fabrikanten vor 14 Tagen Forderungen unterbreitet, über die zu verhandeln sich die Arbeiter bereit erklärten. Die Hauptforderung war Verkürzung der Arbeitszeit auf 50 Wochenstunden und eine Prozentsatz-Lohnsteigerung. Die Mehrzahl der kleineren Fabrikanten waren mit der geforderten Arbeitszeitverkürzung einverstanden und wollten wegen der Lohnsteigerung am andern Tage mit den Arbeiterkommissionen verhandeln. Es kam aber anders. Der Unternehmerverband trommelte die Fabrikanten sofort zusammen, um gehörig scharf zu machen. Die Firma Nätzer, der größte Betrieb dieser Branche in Deutschland, der wohl ein Interesse daran hat, die kleinen Fabriken auf die Seite zu drücken, hintertreibt die Einigung mit allen Mitteln und lehnte auch jede Verhandlung mit den Organisationsvertretern ab. Am andern Morgen erklärten denn auch die meisten kleineren Firmen, die gemachten Zugeständnisse auch bezüglich der Arbeitszeit wieder zurückziehen zu müssen. Mit einigen Fabriken ist es trotzdem zu einer Verständigung gekommen. Am Freitagabend fanden nun überfüllte Versammlungen der beteiligten Arbeiter statt, in denen die Organisationsleiter Bericht erstatteten. Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, in allen Betrieben, wo die Verhandlungen gescheitert sind, möglichst sofort die Kündigung einzureichen. Das ist nun in den meisten Fabriken — auch bei der Firma Nätzer — am Sonnabend geschehen, der Rest wird, weil am Freitag Zehntag ist, erst kommenden Freitag kündigen. Die in Frage kommenden 2000 Arbeiter blieben dringend, den Zuzug von Korbmachern, Stellmachern, Tischlern, Metallarbeitern, Sattlern und Malern von Zeitz fernzuhalten.

**Von der „Vertragstreue“ der Unternehmer.** In Zittau i. Sachsen haben die Unternehmer die Arbeitsstellen in drei Holzbearbeitungsfabriken, die wegen Vertragsbruch der Firmeninhaber erfolgte, mit der Kündigung aller Arbeiter beantwortet. Die größte Firma dagegen, die auch dem „Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe“ angehört, hat es abgelehnt, sich dem Vorgehen der übrigen Unternehmer anzuschließen, weil sie einen absichtlichen Vertragsbruch der Unternehmer nicht unterstützen wollte. Interessant ist dabei, daß der Zentralvorstand des Schuhverbandes genannte Firma dringend ersucht hat, ebenfalls auszusperren, trotzdem auch der Unternehmerverband nicht absperren kann, daß die Zittauer Arbeitgeber vertragstreue geworden sind. Das nennt man dann „Vertragstreue“. In den letzten Tagen haben nunmehr Verhandlungen zwischen Vertretern des Holzarbeiterverbandes und der Unternehmerorganisation stattgefunden. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, die vertraglich festgelegten Abfindungen zu bezahlen und auch den übrigen Vertragsbestimmungen nachzukommen. Über die Lohnsätze der Arbeiter im einzelnen wird gegenwärtig weiter verhandelt. — Zuzug von Tischlern nach Zittau ist einstweilen noch fernzuhalten.

**Eine machtvolle Kundgebung der Bergarbeiter in Essen.** In zwei überfüllten Versammlungen, in denen die Genossen Hue und Dr. Erdmann sprachen, protestierten am Sonntag die Bergarbeiter Essens gegen die Politik der Führer des christlichen Gewerkschafts, die behaupten, die „Schwarzverordnungen“ der vereinigten drei Bergarbeiterverbände seien nicht berechtigt. Im städtischen Saalbau, der wegen Überfüllung schon vor Beginn der Versammlung abgesperrt werden mußte, waren 4000 Personen anwesend; in einer zur gleichen Zeit einberufenen Versammlung in einem andern Lokal hatten sich 1500 Besucher eingefunden. Die Versammlungen sind umso bemerkenswerter, als in Essen die stärkste christliche Arbeiterbewegung besteht und die Christen vor Monatsfrist bei allem Wüthen in demselben städtischen Saalbau nur 1600 Besucher mußten. Die Resolution, die das Verhalten der christlichen Führer scharf verurteilt, fand einstimmige Annahme.

**Der Reichsverband gegen den Transportarbeiterverband.** Unter den „Arbeiterfeinden“, die die Moabitler Vorgänge gegen den Deutschen Transportarbeiterverband weidlich auszunutzen versuchen, steht natürlich der Reichsverband, der an der Spitze. In einem Pamphlet, das in den bürgerlichen dem Reichsverband gleichwertigen Zeitungen gästeliche Aufnahme fand, wurde die Organisation mit Bezug auf die Moabitler Vorgänge auf das schändlichste beschimpft und den organisierten Transportarbeitern alle möglichen Schandtaten angedichtet. Das Zentralorgan des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der „Courier“, nahm darauf in seiner Nr. 45 vom letzten Jahr Gelegenheit, auf den groben reichsverbandlerischen Klog einen ebenso groben Keil zu legen. Darauf sind nun der Reichsverbandsgeneral Liebet und Genossen zum Radi gelaufen und haben gegen den Verantwortlichen des „Courier“, den Genossen Carl Lindow, die Beleidigungserhöhungen erhoben. Es sind merkwürdig mutige Kämpfer, diese Reichsverbandler, die sich die Richtigkeit ihrer „Weltanschauung“ immer erst von der preussischen Justiz beschleunigen lassen müssen. Gegen den Genossen Lindow ist am Tage der Klageerhebung übrigens ein Urteil rechtskräftig geworden, daß auf drei Monate Gefängnis lautet und wegen „bösmiliger“ Kritik der königlich preussischen Lohnbewegung über ihn verhängt wurde.

**Christliche Bergarbeiterdeputation beim Handelsminister.** Bürgerliche Blätter müssen zu berichten, daß der Handelsminister v. Sydow eine Deputation der christlichen Bergarbeiter des Saarreviers empfangen habe. Es handelte sich um die Petition der Bergarbeiter an den Landtag um die Errichtung von Familienkassen. Der christliche Bergarbeiterverband hat eine Petition an den Landtag gerichtet, in der um die Errichtung von Familienkassen gebeten wird. Der Handelsminister soll diese Einrichtung ausgedehnt und im Hinblick darauf ferner erklärt haben, er werde sein Möglichstes für die Erhöhung der Löhne tun.

**Die bayerische Regierung als Vermittler in der Lohnbewegung der Hohlglaskleiser.** Am Sonntag, dem 29. Januar, tagte in Weiden eine Konferenz der Hohlglaskleiser. Aus allen Teilen der Oberpfalz waren 49 Hohlglaskleiser erschienen. Der Verband der Glasarbeiter war durch den Verbandsvorsitzenden Strick und den Gauleiter Dirschel vertreten, die bayerische Regierung durch den Geheimen Legationsrat Dr. Köhmer. Der von den Unternehmern vorgelegte Tarif stand zur Beratung; fast sämtliche Zeltmacher verwarfen diesen Tarif. Die Zugeständnisse waren zu minimal und die Vertragsdauer von drei Jahren und 7 Monaten erschien allen Delegierten zu lang. Die Abstimmung ergab, daß der Tarif mit 44 gegen 4 Stimmen verworfen wurde. Der Regierungsvertreter ersuchte, den Tarif anzunehmen, aber trotzdem erfolgte die fast einstimmige Ablehnung. Darauf verbatte der Regierungsteilnehmer die Kongreßteilnehmer dahin zu beeinflussen, daß die Arbeit nicht niedergelegt würde und als auch der Verbandsvorsitzende Gribig dieselbe Ansicht bekundete, erklärten die Kongreßteilnehmer, vorläufig weiterzuarbeiten. — Die

Regierung wird jetzt erneut mit den Unternehmern in Verhandlung treten, und wenn die Vertragsdauer wenigstens auf zwei Jahre herabgesetzt wird und noch kleine Zugeständnisse bezüglich der Löhne gemacht werden, dürfte sich der Streik vermeiden lassen.

**Die Lage im englischen Buchdruckgewerbe** verschärft sich mehr und mehr. Falls in den nächsten Tagen keine Einigung zustande kommt, so ist der Streik zunächst in London unvermeidlich. Bisher haben sich die Unternehmer hartnäckig geweigert, die Forderung der Arbeiter auf die sofortige Herabsetzung der Arbeitszeit von 52 1/2 auf 50 Stunden pro Woche mit der Zusage der späteren Einführung der 48-Stundenwoche zu gewähren. Eine gestern in London abgehaltene Konferenz zwischen den beiden Parteien ist ergebnislos verlaufen. Die Führer der Arbeiter teilen mit, daß bereits 180 Londoner Unternehmer bereit seien, ihre Forderungen zu bewilligen. Inzwischen hat sich unter den Unternehmern schon ein Einigungs-Komitee gebildet, das ein Drittel des Londoner Buchdruckergewerbes umfassen soll. Dieses Komitee will den Arbeitern die 50-Stundenwoche unter der Bedingung anbieten, daß sie in den nächsten fünf Jahren keine neuen Forderungen aufstellen. Die Arbeiter, die für nächstes Jahr die 48-Stundenwoche verlangen, werden sich schwerlich auf dieses Kompromiß einlassen, aber es ist für sie doch wertvoll als Symptom der Uneinigkeit unter den Unternehmern.

## Der Essener Meineidsprozeß.

In der Mittwochsverhandlung stellt Rechtsanwalt Dr. Niemeyer den Antrag, den Tapeziermeister Krause aus Charlottenburg als Zeugen zu laden; Winter soll, als er sich in vertrautem Kreise glaubte, einmal zugegeben haben, er habe dem Schröder in der Bergarbeiterversammlung einen solchen Stoß gegeben, daß er genug gehabt habe. Krause soll dies bestritten.

Die B-weikaufnahme wendet sich dann den Vorgängen in der hiesigen Bergarbeiterversammlung zu. Für dieses Beweissthema sind 20 Zeugen geladen; von den am Vormittag vernommenen wissen sich nur wenige der Vorgänge zu entziehen, aber keiner bekundet, daß Winter den Schröder nicht gestochen habe. Tagelang bekundeten fünf Zeugen auf das Bestimmteste, Winter habe Schröder zweimal zur Erde gestoßen.

Unter den Zeugen befindet sich auch Landtagsabgeordneter Aug. Bruck, der damals erster Vorsitzender des Gewerkschafts Christlicher Bergarbeiter war. Bruck gibt eingehende Schilderungen der Vorfälle, die er für die hiesige Bergarbeiterversammlung getroffen hatte. Die Sozialdemokraten sollten von dem Besuch ausgeschlossen sein, nur die christlichen Bergarbeiter seien eingeladen gewesen. Er habe die örtliche Polizeiverwaltung ersucht, alle verfügbaren Schutzeinheiten in die Versammlung zu entsenden; er habe ausdrücklich auf das Recht Verzicht geleistet, nur zwei überwachende Beamte zuzulassen. Von den Vorfällen zwischen Schröder und Winter habe er nichts bemerkt. — In der fortgesetzten B-weikaufnahme bekundeten einige Zeugen, daß sie deutlich zwei Stöße des Winter beobachtet hätten; einige andere Zeugen haben die Stöße selbst nicht bemerkt, wohl aber, daß Schröder zur Erde fiel. Eine hinreichende Aufklärung des Falles vermögen sie nicht zu geben.

Die weitere Verhandlung wird auf Freitag vertagt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Gebrochene Ordnungsfäden.** Die Strafkammer in Schwelm verurteilte den Lehrer Karl Sommer aus Polzig bei Freiburg wegen schwerer Urkundenfälschung, Verleitung zum Meineid und wissentlicher falscher Anschuldigung zu dreieinviertel Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust, seine Ehefrau wegen Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis, den früheren Lehrer Gränig wegen Beihilfe zur Urkundenfälschung und Begünstigung zu sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust.

**Kolonialwirtschaft** beschäftigte dieser Tage das Kriegsgericht der 8. Division zu Halle a. S. Auf einer Weist bei Windhut und der während des Krieges dort etablierten „Truppenkücherei“ kam es im Jahre 1906 zu erheblichen Diebstahlthaten und unerlaubten Aufgeschäften. Daran teilgenommen zu haben ist der Reservist Otto Striegler angeklagt. Er war „Truppenkücherei“ und soll als solcher über das ihm überantwortete Vieh häufig zum Nachteil des Fiskus verfügt haben. So soll er mehrfach fette Ochsen gegen magere umgetauscht und dafür Trinkgelder bis zu 5 Mk. erhalten haben. Demnach hätten den Löwenanteilen der Beute die Militär zu diesem unredlichen Tun genommen, die der Angeklagte nicht nennen will. Einmal tauschte er 10 fette Ochsen gegen 10 magere um. Ferner tauschte er fünf tragende Schafe gegen nichttragende um, wofür er von einem Kaufmann 10 Mk. erhielt. Eine andere Beschuldigung lautete, daß er 34 Hammel gegen eine nicht ermittelte Entschädigung aus dem Truppenkassett verkauft habe. Empfänger dieser Herde soll ein Speisewirt gewesen sein, der auffallend billig Fleisch verkaufen konnte. Dann soll der Angeklagte noch sieben Ochsen an einen Farmer für den Preis von 1500 Mk. verkauft haben. Endlich vermutet man, daß er dem oben erwähnten Speisewirt fortgesetzt auch frisches Fleisch geliefert hat. Der unredliche Schlächter führte an, daß ihm mehrfach Vieh aus dem Raal ausgebrochen und nicht wiedergebracht sei. Den ihn belästigenden Aussagen der Pereros ufm. sei kein Gewicht beizumessen, da sie sich stets als unzuverlässig erwiesen hätten. Zur übrigen ist er wegen ähnlicher Schiedungen bereits vor drei Jahren zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die diesmal zur Verhandlung stehenden Unterschleife wurden erst nachträglich entdeckt. Es scheint da unten demnach im großen „gearbeitet“ worden zu sein. Dem Anklagevertreter war es im vorliegenden Falle hauptsächlich darum zu tun, daß Striegler dem deutschen Namen in Südwestafrika keine Ehre gemacht habe. Was mühten die Leute, die eben erst zum Christentum übergetreten seien, von diesem und dem Deutlichkeit denken. Durch solche Verfehlungen werde der Erfolg der Kolonialarbeit beeinträchtigt. Demgegenüber führte der Verteidiger aus, daß Striegler nicht zur Verbreitung des Christentums nach Südwest, sondern zum Viehschlachten nach dort geschickt worden sei. Solche Erwägungen dürften nicht zur Straferhöhung führen. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

## Aus Nah und Fern.

**Abgestürzt.** Am Rande eines kleinen Teiches im Riesengebirge wurde die verhängnisvolle Leiche des in der Hangelbaude beschäftigten Arbeiters Kleiner aufgefunden. Kleiner ist am Montag auf dem Heimwege von der Hangelbaude 2000 Meter tief über eine Felswand abgestürzt.

**13 Tote.** Von den bei der Schlagwetter-Explosion auf der Gewerkschaft „Deutsches Kaiser“ bei Hamborn schwer verletzten Personen sind noch zwei gestorben. Die Zahl der Toten beträgt nunmehr 13.

**Die schwarzen Wöden.** In Duisburg ist der vor einigen Tagen an den schwarzen Wöden erkrankte Arbeiter gestorben. Zwölf Personen sind noch in Quarantäne.

**Auch ein Kronzeuge.** In Köln wird, wie wir schon berichteten, eine Haupt- und Staatsaktion gegen eine Anzahl streikender Bauarbeiter vorbereitet, die man des Landfriedensbruchs usw. beschuldigt. Unter Kölner Bartelorgan tritt nun folgendes mit: Im sogenannten Deutzer Landfriedensbruchprozeß soll der Kaufmann Robert Hauptmann als Hauptzeuge auftreten. Um welchen Menschen es sich hierbei handelt, das zeigte eine Gerichtsverhandlung vor der Kölner Strafkammer. Hauptmann verfuhr gegenwärtig sechs Monate Gefängnis wegen Betrugs; er ist schon oft bestraft worden und zwar wegen Unterschlagung mit 100 Mk., wegen Untreue mit drei Monaten Gefängnis und 100 Mk., wegen Betruges mit neun Monaten, wegen Unterschlagung mit drei Wochen, wegen Betrugs und Unterschlagung mit zehn Monaten, wegen Unterschlagung und Betrugs beim Militärgericht mit sechs Monaten Gefängnis und Degradation zur zweiten Soldatenklasse, wegen Verleitung mit einem Monat, wegen Betrugs und Unterschlagung zu vier Monaten, wegen Unterschlagung zu fünf Monaten und wegen Betruges im kriminellen Rückfall zu sechs Monaten Gefängnis. Die zuletzt genannte Strafe verbüßt Hauptmann jetzt; er hatte von einem Kreditoren den Auftrag erhalten, von einem Händler in Ansbach 200 Mk. auf einen Wechsel einzufaktieren. 20 Mark Provision steckte Hauptmann ein, behielt aber auch die anderen 180 Mk. für sich. So nebenbei hatte Hauptmann aber auch unter den schönsten Lügen einem Dieber 9 Mark abgehändelt und in seine Tasche gesteckt. Es wurde auf vier Monate Zuchthaus erkannt. Auf die Aussage dieses Wuchers sitzen Familienväter schon seit Wochen in Untersuchungshaft. Für den Genossen Georg Fröhlich war eine Sicherheit bis zur Höhe von 10.000 Mk. angeboten worden, um seine Freilassung zu erwirken. Das wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß gegen ihn „dringender Tatverdacht“ bestehe, daß ferner mit Rücksicht auf die Höhe der zu erwartenden Strafe Fluchtverdacht bestehe. Dabei kann man heute schon voraussetzen, daß man dem Genossen Fröhlich keine strafbare Handlung wird nachweisen können!

**Reichsverbandesflugblätter als Lehrmittel.** Ein Schuldirektor in Waltherhausen (Gotha) hat an die dortigen Lehrer und Lehrerinnen folgende Verfügung erlassen:

„Die Feier von Kaisers Geburtstag, mit der die Feier des 40. Reichsgeburtstages zu verbinden ist, soll am Freitag, dem 27. Januar, vormittags, abgehalten werden.“

Das der „Waltherhäuser Zeitung“ in der Donnerstagnummer voriger Woche beigefügte Flugblatt des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie enthält beachtenswerten Stoff, auf den hier mit hingewiesen wird. Den Schülern der Klasse VII sowie der H. R. ist am Donnerstag, dem 26. Januar, in der letzten Stunde unter Angabe des Grundes zu sagen, daß Freitag schulfrei ist.

W., den 21. I. 11. Barth.  
Es handelt sich um das „sentimentale“ Reichsverbandesflugblatt: „40 Jahre Deutsches Reich“.

**Die Pest in China.** In Tientsin sind 6 Todesfälle, in Beijing ein Todesfall an Pest vorgekommen. Alle Eingeborenen, die mit den Pestkranken in Berührung gekommen sind, werden isoliert. Die Lage in der Mandschurei ist im allgemeinen unverändert.

**Untergegangene Boote.** Aus Barcelona wird gemeldet: Vier Fischerboote sind während eines Sturmes untergegangen. Neun Mann werden vermisst.

**Explosion.** Im Chemikalienwerk Griesheim bei Frankfurt a. M. brach Dienstag vormittag infolge einer Explosion Feuer aus. Ein Arbeiter wurde getötet, einer wurde schwer verletzt.

**Ein Prozeß des englischen Königs,** der gegen einen englischen Redakteur anhängig gemacht wurde, beschäftigt die englische Presse sehr lebhaft. Mehrere Londoner Sonntagsblätter bringen die Meldung, daß der Attorney General und der Solicitor General im Namen des Königs ein Prozeßverfahren gegen Edward J. Milius eingeleitet haben. Der Fall wird vor dem Lord-Oberrichter und einem Sondergericht am nächsten Mittwoch zur Verhandlung kommen. Die Angelegenheit steht im Zusammenhang mit einer Meldung, die in Paris von dem Blatt „The Liberator“ veröffentlicht worden ist und sich, wie es heißt, auf die seit Jahren umlaufenden Gerüchte bezieht, daß der König als Prinz von Wales in Malta mit der Tochter eines Admirals eine morganatische Ehe eingegangen sei. Gerüchte, denen schon nach der Thronbesteigung des Königs in bestimmter Weise entgegengetreten worden ist. Milius ist am 26. Dezember vorigen Jahres verhaftet und ins Gefängnis gebracht worden, da er die auf 20.000 Pfund festgesetzte Kaution nicht aufbringen konnte.

**Attentat auf den Gouverneur von Japan.** Gestern morgen wurden auf den Gouverneur von Japan und seinen Stab von einem früheren Polizeibeamten, der russischer Untertan ist, mehrere Schüsse abgegeben. Der Riese wurde tödlich, der Gouverneur lebensgefährlich verwundet. Der Mörder floh in die russische Gesandtschaft in Teheran. Dem Vernehmen nach beschloßen die russischen Behörden, den Flüchtling nicht der persischen Regierung auszuliefern.

**Dynamitexplosion in Newyorker Hafen.** Als eine größere Menge Dynamits auf der Wasserseite von Jersey City von einem Güterwagen auf ein Boot umgeladen wurde, erfolgte eine furchtbare Explosion, welche einen Erdbeben gleich das Finanzviertel und das Volkenträgerviertel Newyorks erschütterte, in der weitesten Umgebung die Gebäude erzitterten und die Dampfkessel auf der Eisenbahn zerstört wurden. Die Zahl der Toten wird bisher auf 10 bis 25 angegeben, die Zahl der Verletzten auf Hunderte. Verschiedene Personen wurden in den Gasen getötet. Der Schouplag der Explosion bietet ein bildvoller Anblick. — Durch die Dynamitexplosion im Hafen wurden zahlreiche Personen auf den Fährbooten verletzt. Das Boot, in welches das Dynamit verladen wurde, und ein anderes wurde zerstört. Aus den Volkenträgern stürzten die Menschen auf die Straßen, die bald unpassierbar wurden. Die Wunden der Verletzten waren im Umlauf. Die Krankenhäuser Jersey Citys sind überfüllt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stilling.  
Verleger: Th. Schwann. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Santia in Lubeck.



**A. N. Becker**  
Uhrmacher  
Uhren und  
Goldwaren  
Spezialität:  
Trauringe  
Holstenst. 32



**Gasthof** E. Cordis, Seeretz.

**Ross-Schlächter.**  
H. Dieckhoff, Sp.: Roßfleischwaren.  
Ob. Travel 2. Tel. 1664.

**J. Strobel,**  
Ernst Wulff, Lütbeck, Krähenst. 16.  
H. Wulff, Pa. Roßfleischwaren.  
Ob. Travel 2. Tel. 1664.

**H. Jäde, Schwertau, Rantzau-All. 15.**

**Schreibwaren**  
**Aug. Burmester,** Lübeck, Packerb. Allee 48.  
**Carl Ehler,** Schwart, Allee 85.  
**Th. Linn,** Glockengießerstr. 29.  
**M. Maxein Wwe.,** Moisig, Allee 40 a.  
**Elisa Paulsen,** Spez., Briefmarken.  
**Otto Wessel,** Moisig, Allee 4 a.  
**H. Bruhn, Reinsfeld,** Bahnhofstr. 100.

**Schuhwaren**  
**Herm. Bade,** Lübeck, Martenstr. 34.  
**Baurenfeind,** Mühlenstr. 2.  
 Auch Reparatur.

**E. Baer,** Marlesgrube 4 und 38.  
**Heinr. Beckmann,** Speziell für Arbeiter,  
 Reiferstr. 3, b. d.  
**W. Blumenthal,** Schwart. Allee.  
 Kohlmarkt, Ecke Sandstr.  
**Schwartauer Allee, Ecke Geversdest.**  
**P. Beeck,** Bataueföhr 5.  
 Maß. Reparaturen.  
**Carl Buchholtz,** Schwartauer Allee 4  
 — Record-Stiefel.  
**Friedr. Busch,** Schuhwaren-Haus.  
 Mühlenstr. 27.  
**H. Fehlauer,** Engelsgrube 81.  
**Franzen & Co.,** Holsten-  
 str. 16.  
**Zum billigen Schuhladen.**  
**W. Kracht,** Pfaffenstr. 15.

**F. Meyer**, Huxterdam 2.  
 Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.  
 Raetz & Kremin, Georgstr. 40.  
**Chr. Robien**, Schwönekenquerstr. 25.  
 Billinge Bezugsquelle.  
 H. P. Christ, Schlum.-Str. 31.  
 Rudolph Kruse, Rutin.  
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.  
 Johannes Hansen, Oldesloe.  
 Richard Wagner, Rohnfeld.  
 J. Ramm, Schlutup.  
**A. Brede**, Schwartau.

**Seifen, Toilette Art.**  
 Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trav. 8.  
 Adler-Drogerie, Schwartau.

**Stahl, Eisenwaren**

**Stahl-, Eisenwaren**  
**Otto Beier**, Schlumacher-Sträße 4.  
 Schleifer u. Siebmacher.  
**Franz Gennmer**, Packenbg. AII. 10b.  
 Fernruf 1031.  
**J. F. B. Grube**, am Markt.  
**Martin Jürgens**, Unt. Hülk-  
 straße 105.  
 Holzhlschleiferei. Sp.: Rastmessen.  
**Carl Rittscher**, Holsten-  
 str. 34.  
**F. Wichmann**, Hülkstr. 46. So-  
 lger Stahlwaren.

**Tapeten, Linoleum**  
**Carl Benleke**, Lübeck, Königstr.  
 48b. Tapeten-Reste.  
 Fritz Böhm, Lübeck, Königstr. 10.

**Strikot., Strumpfw.**  
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 25.  
**H. Hornbogen,** Königs-  
str. 71.  
Friedr. Wilh. Koch, Holstenstr. 7.  
Hans Struve, Königsstr. 69.  
**Carl Bock, Panhausen** 99  
22.  
Spezialgeschäft für Strickerel.

**Uhren, Goldwaren**  
**Johs. Bernhardt,** Lübeck  
Häusl. 25.  
**August Büttner** Uhrmacher  
Häusl. 32.  
Ernst Gentzen, Königsstr. 62.

Heinr. Jansen, Kohlmarkt 17.  
Th. Köhler, Untertrave 69.  
Carl Lüneburg, Beckers-  
grube 5.  
Georg Reese, Hüxstr.  
22/24.  
Bruno Schmidt, Uhrmacher,  
Hüxstr. 77.  
Heinr. Schultz, Johannis-  
str. 20.  
Wilh. Westfeling, Holstenstr. 40.  
Ad. Hübner, Uhrmacher,  
Fünfhausen 13.  
H. C. Lemke, Oldesloe, Langest. 52.  
H. Nevermann, Schwartau.  
Wasche-Ausstatt.  
Otto Eggers, Lübeck, Hüxstr. 43.

**Weine, Spirituosen**



Fr. Geist, Lübeck, Markt 2. T. 1935.  
J. Höpner, Beckergrube 66.  
**Friedr. Otte**, Fischergroße 43, empfiehlt  
Prima Weine und Spirituosen.

**Wilhelm Rahföth**  
Lübeck, Untertrave 113. Fernspr. 637.  
M. Kranz, Schlutup, Westerst. II.

**Otto Albers, Kohl-**  
Spezial-Geschäft für Arbeiter-  
Ausstattungen, Manufakturwaren  
und Garderoben.  
Alls. bekannt als gut u. billig!



6. die Anlegung eines Radfahrweges in der Brandenburger Gasse vom Ende des vorhandenen Radfahrweges bei der Marktkaserne bis zum Wege nach den Schießständen (9800 Mk.); 7. die Unterhaltung und Verbesserung der Radfahrwege im Rechnungsjahre 1911 (15 274,46 Mk.).

**Die Verstellung einer weiteren Anlegestelle für Fischerboote in Travemünde** will der Senat in einem Antrag, der gestern vom Bürgerausschuß an seine Budgetkommission verwiesen wurde. In dem betr. Senatsbeskreit heißt es: In den letzten Jahren hat sich die Zahl der in Travemünde heimatheten Fischerboote, insbesondere der Quasen, das sind größere Fahrzeuge von 8 1/2 Meter Breite und 10 bis 12 Meter Länge mit Wasserraum, in denen die Fische lebend aufbewahrt werden können, stark vermehrt. Während vor etwa fünf Jahren nur eine Quase in Travemünde vorhanden war, gibt es dort heute deren acht, eine weitere befindet sich im Bau. Die Ursache dieser Vermehrung liegt darin, daß die Fischer wegen der Überfischung unserer Küste immer mehr auf tiefes Wasser bis nach Fehmarn hinausfahren und dort ihrem Gewerbe nachgehen. Aus diesem Grunde ist ein weiterer Zuwachs der Travemünder Fischerboote an größeren Fahrzeugen auch in Zukunft zu erwarten. Für die demnach erweiterten Anforderungen reichen die vorhandenen Anlegestellen nicht mehr aus. Der jetzige Fischerhafen in Travemünde ist vor kurzem dadurch erheblich verkleinert worden, daß nach Beschaffung des zweiten Zollbootes der erforderliche Raum von dem Liegeplatze der Fischerboote abgenommen worden ist. Der für die Fischerboote noch vorhandene Raum genügt höchstens für 4 Fischerquasen. Die Fischer haben daher beantragt, ihnen einen erweiterten Liegeplatz anzuweisen und einrichten lassen zu wollen. Als geeignetste Stelle hierfür kommt der Platz in der Verlängerung der Kranzbrücke in Frage. Er ist für die Fischer günstig gelegen und erfüllt alle Bedingungen für einen Fischerhafen, zu denen auch das Vorhandensein einer freien Strömung gehört, um die Fische lebend erhalten zu können. In einer solchen mangelt es in der Seidenbucht. Auch der Jachthafen ist zum Anlegen der Fischerboote nicht geeignet, denn sie sind dort zu sehr den Stürmen ausgesetzt. Die Liegeplätze an der Privatseite können für die Schifffahrt nicht entbehrt werden. Der Platz bei der Kranzbrücke hat für die Schifffahrt kaum einen Wert. Die Herrichtung einer Anlegestelle an diesem Platze erfordert einen Kostenaufwand von etwa 3600 Mk., und zwar 1800 Mk. für Vaggern (es sind etwa 2400 Rbm. Boden auszuheben) und 1800 Mk. für die Herstellung eines Zugangsteiges.

**Grundbegriffe des Wirtschaftslebens** lautete das Thema des acht Abende umfassenden Vortragszyklus, den auf Veranlassung des Sozialdemokratischen Vereins und der Kartellkommission der Genossenschaftliche Halle abhielt und der gestern Abend beendet wurde. Über die Zusammenfassung der Besucher, die in erfreulicher Anzahl zu den Vorträgen erschienen, wird eine später zu veröffentliche Auflistung mittheilen. Die Vorträge waren von hervorragender Qualität und haben die Zuhörer in jeder Hinsicht befriedigt. Die Vorträge waren von hervorragender Qualität und haben die Zuhörer in jeder Hinsicht befriedigt. Die Vorträge waren von hervorragender Qualität und haben die Zuhörer in jeder Hinsicht befriedigt.

**Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die städtischen oder vorstädtischen Volksschulen.** Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Oktober beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1911 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die welche zwischen Oktober und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern d. J. aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind. Eltern, welche ihre Kinder zu Ostern 1911 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule aufnehmen zu sehen wünschen, werden hierdurch aufgefordert, die Kinder baldmöglichst, spätestens aber bis zum 15. Februar bei den Hauptlehrern des betreffenden Schulbezirks anzumelden. Bei der Anmeldung sind der Taufschein, in dessen Ermangelung aber der Geburtschein und bezüglich derjenigen Kinder, welche ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen.

**Die Krankheiten der Kleinkinder.** Vermehrte und verhärtete Kinder scheinen im allgemeinen mehr zu Krankheiten zu neigen als andere, die mehr sich selbst überlassen bleiben. Dieser Satz kann aber von jedem Mann bestritten werden, solange er nicht durch einwandfreie Feststellungen bewiesen ist. Es ist daher ein berechtigtes Unternehmen, wenn Dr. Friedjung seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet hat, Beobachtungen über den Gesundheitszustand der Kinder zu sammeln, die keine Geschwister haben. Das einzige Kind ist immer etwas Besonderes, und seine Jugend pflegt wesentlich anders zu verlaufen als bei Kindern, die im Elternhaus dauernd in körperlicher und idealer Konkurrenz mit ihresgleichen stehen. Dr. Friedjung ging von der Tatsache aus, daß die sogenannten Lieblingskinder dem Auswurf häufig viel zu schaffen geben. Er hat dann Beobachtungen an 100 einzelnen Kindern zusammengebracht, Knaben und Mädchen im Alter von zwei bis zehn Jahren. Von diesen konnten nur 13 als ganz gesund bezeichnet werden, während 18 ziemlich schwere und 69 leichtere Mängel an ihrem Nervensystem aufwiesen. Zum Vergleich untersuchte er 100 Kinder, die Geschwister hatten, und fand unter ihnen 31 nervenschwache und 69 gesunde. Diese Resultate können nach ihren zahlenmäßigen Angaben freilich auf einem Zufall beruhen, genügen aber wohl zu der Schlussfolgerung, daß hier in der Tat ein wichtiger Unterschied vorliegt. Den Nervenzustand der einzigen Kinder bezeichnet Friedjung teils als Neurasthenie, teils als Hysterie. Namentlich verraten diese Kinder eine übermäßige Anglichkeit. 49 von jenen 100 litten an schlechtem Schlaf, und von diesen hatten wiederum 8 bedenkliche Anfälle von eigentlicher Angst zur Nachtzeit. Ihre geistige Entwicklung war, wie man nach der alltäglichen Erfahrung vermuten dürfte, dem Durchschnitt voraus, aber gerade dieser Fortschritt der geistigen Tätigkeit scheint dem Gleichgewicht des kindlichen Organismus gefährlich zu sein. Namentlich sind die Wunderkinder mit einer besonderen Launenhaftigkeit behaftet. Ebenso auffallend wie wichtig ist dann ferner die Feststellung, daß bei solchen Kindern häufig auch eine mangelhafte Ernährung erkennbar wird, obgleich von selten der zärtlichen Eltern sicher alles geschieht, um das Gegenteil herbeizuführen. Von den 100 Einzelkindern klagte rund die Hälfte über dauernden Mangel an Schlaf, und bei 37 trat ein fast zur Regelmäßigkeit gewordenes Erbrechen hinzu. Die genauere Untersuchung enthüllte ferner eine Reihe verschiedener Verdauungsstörungen. Die Entwicklung der Atmungsorgane bot nichts Besonderes, dagegen zog die Häufigkeit von leichten Hautkrankheiten, namentlich von Nesselschlägen mit hartem Juckreiz, die Aufmerksamkeit auf sich. Endlich muß noch als besonders bedeutsam hervorgehoben werden, daß solche Kinder von allen Krankheiten, die das Nervensystem in erhebliche Mitleidenschaft ziehen, schwerer mitgenommen werden. Besonders pflegt sich dies beim Krampfkrampf zu zeigen. Als den

Ursprung all dieser Abstände erklärt Dr. Friedjung rücksichtslos die übertriebene Zärtlichkeit der Eltern gegen ihr einziges Kind.

**Bevölkerungsbewegung im libeckischen Staate während des Jahres 1910.** Die Zahl der Geburten betrug 89 (1909: 51), die der Lebendgeburt 246 (209) und die der Sterbefälle 170 (168). Der Geburtenüberschuss belief sich demgemäß auf 76 (41). Uneheliche Geburten kamen 81 mal vor. Totgeburt wurden 5 mal registriert.

**Billige Briefposten nach Amerika im Februar.** Zehn-pfennigbriefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika gehen im Laufe des Monats Februar im ganzen mit sieben verschiedenen Dampfern. Von diesen ist nur einer, der von Cuxhaven am 25. der von Verbindungen über England oder Frankreich überholt wird. Alle anderen Dampfer bieten kurz vor ihrem Abgang gleichzeitig die schnellste Gelegenheit zur Beförderung von Briefen nach Amerika. Nach Abgang des „President Lincoln“ von Cuxhaven am 2. geht wieder am 4. Februar die „Bremen“ von Bremerhaven. Diese ist am 14. Februar in New York fällig. Der „George Washington“ folgt am 11. Februar und trifft am 19. in New York ein. Die „Amerika“, die am 16. von Cuxhaven abgeht, ist in New York am 25. Februar. „Prinz Friedrich Wilhelm“, der Bremerhaven am 18. Februar verläßt, ist am 26. oder 27. Februar in New York fällig. Der „President Grant“ von Cuxhaven am 28. trifft am 6. März in New York ein. Der letzte deutsche Dampfer im Februar, der „Kronprinz Wilhelm“, ist ein Schnelldampfer, der Bremerhaven am 28. Februar verläßt und am 7. März in New York fällig ist.

**m. Sania-Theater.** Seit dem 1. Februar tritt hier ein Budapestischer Possentheater „Folies Caprice“ auf. Es ist eine eigenartige „Kunst“, die diese Ensembles, denn es gibt mehrere gleichen Genres, verpacken. Anfang der neunziger Jahre war es, als zum ersten Male in Deutschland ein österreichisches Theater, genannt Budapest Possentheater, von G. Schräder geleitet, auftrat und ein neues Gebiet erschloß: das jüdische Volksstück. In diesen Stücken wurde nun das menschenmöglichste an Wankeln, Fälschen und Zote und burlesker Komik geboten. Und was das originellste war, die Schauspieler waren durchweg Juden, die sich also selber parodierten und karikierten, und die Eigen- und Unarten ihrer Glaubensgenossen kräftig verpöpteten. Die Herren selbst reüssierten gewaltig und tun es noch heute. Sie haben jetzt sogar seit einigen Jahren ein festes eigenes Theater in Berlin. Dieser Erfolg hat nun viele nicht schlafen lassen und so sind eine ganze Reihe derartiger „Judentheater“ entstanden. Und eines derselben spielt augenblicklich bei uns im Hansatheater. Der Inhalt der Possen und Burlesken ist verblüffend reichlich zweideutig oder richtiger einseitig, Entleerungsstücken usw. und dann wird gemeuschelt und mit „den Händen geredet“, daß es nur so eine Art hat. Das gilt durchweg für alle Stücke, deren Titel ja auch meist den Inhalt verraten, z. B. „Der feuchte Josef“, „Robi Krach auf der Hochzeitsreise“ usw. Natürlich stehen und fallen derartige Aufführungen mit der Darstellung und sind meist ein paar Versionen direkt auf den Leib geschrieben. Hier ist es der Direktor Herr Hugo, und Herr Kee, die vorzüglich im „Jiddischen“ sind und viel zum Erfolg beitragen. Aber auch die Damen leisten durchweg gutes, besonders ragten hier Frau Anna Mertens, Käthe Stefanie, Käthe Osten und Elise Bach hervor. Die übrigen Darsteller fügen sich gut in den Rahmen des Ganzen ein. Wer also einmal kräftig lachen und „jüdeln“ hören will, dem sei jetzt der Besuch des Hansatheaters empfohlen.

**ph. Wo ist der verschwundene Ring?** Der in Hagenom festgenommene Hochstapler erschwand sich bei einem Goldschmied unter dem Namen Leutnant von Wedel eine goldene Damen-Remontuhr mit Sprüngelein und einen goldenen Brillantring in Marquiseform. Die Uhr verlegte er gleich bei einem hiesigen Wandleier, während der Ring in Werte von 150 Mk. hier nicht ermittelt werden konnte. Personen, die über den Verbleib des Ringes Angaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**ph. Fahrradabstahl.** Am 1. ds. Mts. abends kurz nach 11 Uhr ist vom Hof der Rathshaushalle ein Fahrrad, Marke „Jagrad“, mit schwarzem Gestell, ebenfalls Felgen, der Radnummer 98238 und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 9707 abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die Schraubenmutter der Achse ist durch Weichschläge beschädigt.

**Neues Stadt-Theater.** Man schreibt uns: Morgen Freitag findet die Premiere der Opern-Notiz „Versiegelt“ von Leo Blech statt. Hierzu gelangt die romantische Oper „Das Nachtlager in Granada“ von Kreutzer zur Aufführung. In „Versiegelt“ sind die Hauptpartien mit den Damen Weber, Stetten und den Herren von Schenk, Vangel, Haas, besetzt. Im „Nachtlager in Granada“ sind die Herren Fischer, Welzer, Bollmer, von Schenk, Haas und Fr. Weber besetzt. Am Sonntagabend geht das mit so großem Beifall aufgenommene historische Lustspiel „Zopf und Schwert“ von Karl Gustow nochmals in Szene. In Vorbereitung befindet sich die hochinteressante Schauspiel-Notiz „Revolution nach Zeit“ von Sophus Michaëlis, welche am Hebbel-Theater in Berlin über 150 mal mit außerordentlichem Erfolge zur Aufführung gelangte.

**Stadthaus-Theater.** Man schreibt uns: Am Sonntag, abends 7 1/2 Uhr gelangt das im Neuen Stadttheater mit so stürmischem Beifall aufgenommene Lustspiel „Die regeierten Studenten“ von Benedikt und hierauf der einaktige Schwank „In Zivil“ von Kadelburg zur Aufführung.

**I. Städtischer.** Eine von 70 Mitgliedern besuchte Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am letzten Dienstag Abend bei F. L. Baetau in Fradenburg statt. Aufgenommen wurden 8 Genossinnen und 9 Genossen. Die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 ergab eine Einnahme von 531 59 Mk., eine Ausgabe von 481 51 Mk., somit Bestand 50 08 Mk. Am Schluß des Jahres waren 366 Mitglieder vorhanden. Den Kartellbericht gab der Kassierer. Als Kartellbelegierte wurden die Genossen D. Nickel, E. Schröder und Genossin J. Ebers gewählt. Es folgte ein Bericht über die Errichtung eines Matrikelfonds für die Provinz Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck. Demnach soll jeder Genosse jährlich 50 Pf. und jede erwerbstätige Genossin 25 Pf. zahlen. Das Regulatorium wurde angenommen. Der Vorsitzende gab den Bericht von der Gemeindeverordnetenkonferenz, eine Debatte fand nicht statt. Eine lange Debatte entpand sich über die letzten Kirchenwahlen und die dabei sich ereigneten drassischen Vorkommnisse.

**Kiel.** Die Gleichheit der Staatsbürger vor dem Gesetz. Das Schöffengericht in Eckernförde hat einen Fiskalrecht namens Steen wegen Beleidigung zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte am 19. Septbr. v. J. beim Negeaufnehmen in der Eckernförder Bucht dem Vorkommnisse Kräger, der mit seiner Blasse so schnell vorbeifuhr, daß durch die Bewegung des Wassers die Fischerboote gegen einander stießen, erregt zugerufen:

„Willst Du mal langsam fahren, Du Lümmel!“ Die zweite Strafkammer in Kiel als Berufungsinstanz er-mäßigte die Strafe auf 10 Mk., erkannte aber auch, daß die Bezeichnung „Lümmel“ eine Beleidigung sei. Es ist wohl anzunehmen, daß ein Urteil des Kreisgerichts in Wonn am Rhein ins Gedächtnis zurückzurufen. Dort wurde ein Oberleutnant Loh, der einen Unteroffizier einen unverschämten Lümmel genannt hatte und von ihm in Gegenwart anderer Soldaten erklärte, „solche Elemente müßten aus der Armee ausgerottet werden“, von der Untlage der Beleidigung freigesprochen. Die Worte „solche Elemente müßten aus der Armee ausgerottet werden“, enthalten keine Beleidigung und der Ausdruck „Lümmel“ liegt „an der erlaubten Grenze“ und könne nicht „als eine rohe Beschimpfung aufgefaßt werden“. Beide Gerichtshöfe haben natürlich nach bestem Wissen ihr Urteil abgegeben und dennoch so verschiedene Urteile. Die Richter sind eben auch nur Menschen, die nicht aus ihrer Haut herauskönnen und ebenjogut Fehler haben wie jeder andere Mensch. Man darf sich aber dann auch nicht wundern, wenn angeleglich solcher Urteile im Volke sich die Ansicht breit macht, daß es für die Besiglosen ein anderes Recht gibt als für die Besigghenden.

## Genossenschaftsbewegung.

**Händler und Genossenschaft.** Dieselben Kreise, die über die genossenschaftlichen Vereinigungen der Konsumenten nicht genug zu zitiern wissen, sind bekanntlich selbst eifrig bemüht, die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses für sich auszunutzen. So bestehen auch für die Kolonialwarenhandler eine Reihe lofer Einkaufsvereine und regel-rechter Einkaufsgenossenschaften. Über sie berichtet kürzlich in der „Deutschen Handels-Rundschau“, dem Organ des Verbandes deutscher kaufmännischer Genossenschaften, Dr. R. Biller:

Von den Genossenschaften, die Mitglieder des Ver-bandes sind, haben 50, von den nicht angeschlossenen Ge-nossenschaften 19 Vereine der Kolonialwarenhandler den Fragebogen beantwortet. Interessant sind die Angaben über das Alter der Vereine. Als älteste werden vier Ver-eine, die in den Jahren 1888 bis 1899 gegründet sind, ge-nannt; dann erfolgt erst wieder 1899 eine Gründung; die nächste schließt sich 1897 an. Nun vergeht kein Jahr mehr, in dem nicht mindestens ein oder zwei Vereine gegründet werden. Eine lebhaftere Gründungstätigkeit bemerken wir im Jahre 1904; in ihm traten 14 Vereine ins Leben. Noch lebhafter war die Entwicklung im Jahre 1910. Ob-wohl die Angaben sich nur auf die erste Hälfte des Jahres beziehen, sind doch 13 neue Gründungen zu verzeichnen. Die Geschäftsanteile der Genossenschaften bewegten sich in der Hauptsache zwischen 200 und 500 Mk.

Während die Herren stets erklären, daß der Konsum-verein seinen Mitgliedern keinen Nutzen bringt, wird eben-falls in der „Handels-Rundschau“ ausgerechnet, daß ein kleiner Händler, der vieles nur prundweise von seiner Ge-nossenschaft bezieht, bereits einen Nutzen von 4 Proz. durch den genossenschaftlichen Einkauf hat. Wieviel größer muß der Nutzen sein, den eine Konsumentenvereinigung durch gemeinsamen Großeinkauf erzielt, die nicht, wie dieser Händler, für 50 000 Mk. im Jahr umlegt, sondern einen der-artigen Umsatz womöglich in einem Monat in einer einzigen Verkaufsstelle erzielt. Der Unterschied ist nur, daß die Ge-nossenschaft in dem einen Falle dem Händler zugute kommt, während im andern Falle die Mitglieder so viel billiger kaufen.

**Die Umsätze der Großeinkaufsgesellschaft der eng-lischen Konsumenten** zeigten auch im verfloffenen Jahr einen weiteren erfreulichen Aufschwung. Der Gesamtumsatz belief sich auf 26 568 900 Pfd. St., das sind mehr als 580 Millionen Mark. Im Handelsgebiete liegen die Umsätze bei Lebensmitteln von 20 976 000 auf 21 790 000 Pfd. St., also um nahezu 4 Proz. bei Manufakturwaren, Schuhwaren usw., nach den bisherigen Angaben jedoch nur wenig, von 4 770 auf 4 778 Millionen Pfd. St. Größer als im Handel war die Umsatzerhöhung in der Eigenproduktion. An selbst-verarbeiteten Lebensmitteln wurden für 5 370 369 Pfd. St. verkauft, 6,6 Proz. mehr als im Vorjahre, an selbstverar-beiteten Manufakturwaren 1 208 787 Pfd. St., 3,2 Proz. mehr. Der Anteil der Eigenproduktion am Gesamtumsatz belief sich in beiden Abteilungen auf ein Viertel.

## Handels- und Marktnachrichten.

**Libecker Marktpreise vom 1. Februar.**

Bauern-Butter Pfd. 1,20—1,30 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,40 Mk., Käsen 3,00—3,50 Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken 2,00—2,80 Mk., Tauben Stück 0,55—0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,78—0,80 Mk., Schlachtkühe 2 Mk., Schinken Pfd. 0,88—0,95 Mk., Schweinefleisch Pfd. 55—60 Pf., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 9 Pf., Eierlinge 3 St. 10 Pf., Dörche genüg., Sahnefleisch genüg., Karpfen 1,00—1,10 Mk., Geräuch. Vachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schale Pfd. 1,40—1,60 Mk., Brachsen 60—70 Pf., Hechte Pfd. 70—80 Pf., Variche Pfd. 70 Pf., Aal Pfd. 1,00 Mk., Karaffenhohl Pfd. 80 Pf., Gemüse genüg., Blumenkohl d. Kopf 0,30—0,50 Mk., Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Rensel, verschiedene pr. 100 Pfd. — Mk., Blaumen pr. 100 Pfd. — Mk., Kirchen Pfd. — Pf., Kartoffeln pr. 10 Pfund 50—70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

**Getreidepreise.**

**Lübeck, 1. Februar.**

Weizen, 125—130 Pfd. holl. 188—192 Mk., Roggen 115—122 Pfd., neuer holl. 125—144, Gerste, nach Qualität 135—150 Mk., Hafer, nach Qualität 140—159 Mk., hoch-fein über Notiz, per 1000 Kilo.

**Butter-Notierungen.**

**d. Landwirtschaftskammer i. d. Provinz Schleswig-Holstein.** Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes. **Damburg, 1. Februar.**

1. Klasse 244 Drittel zu 126,69 Mk. im Durchschnitt.

2. „ 29 „ 121,08 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Schmidt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schmidt, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

**Insertate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wer-tigsten Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.





**Nur noch 5 extra billige Tage!**

Bedeutende Preisermäßigungen auf viele Artikel  
wie im Schaufenster angegeben.

Denkbar günstigste Kaufgelegenheit.

**Conrad Tack & Cie.** Verkaufshaus Lübeck: **Breite Str. 47**

### Dankagung.

Allen denen, welche meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen haben und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, sage ich hiermit meinen innigsten Dank.

Frau Schenk nebst Kinder.

Für die innige Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sowie Herrn Pastor Evers sage im Namen der Hinterbliebenen herzlichen Dank.

**Hans Möller.**

**Johs. Romann** zu seinem 25-jährigen Jubiläum auf der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ein dreifaches Hoch.

### Eine Gangwohnung

zu vermieten. Gartenstraße 34. Elegante Herren- u. Damen-Kleider-Anzüge bill. z. verm. Reiserstr. 41, I.

Tüchtige

## Arbeiterinnen

**August Seuchmacher.**  
Gneissstr. 3.

Junges Mädchen kann die Damen-Schneiderei gründlich erlernen.

Johannisstraße 43.

Wegen Krankheit billig zu verk. ein Haus mit Tischlerei, gute Rundschiff. Anzahl. nach Vereinbarung. Off. u. S. B. an die Exp. d. Bl.

## BIOLACTIN

Ein Nähr- und Kräftigungsmittel von ganz hervorragender Wirkung. Unentbehrlich für schwächliche, überarbeitete, nervöse, blutarme Personen jeden Lebensalters, sowie für Reconvalescenten.

Von hervorragender Wirkung für Stillende.

Zu haben: **Vorm. Henning v. Minden Nfl. M. Runde, Breitestraße 39.**

**Die Arbeiter-Garderoben** aus dem Spezial-Geschäft von **Lübeck Otto Albers** Kohl. Markt 4. **10**

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. N. a.:

Leberhosen . . . 2.20—6.45  
Maurerhosen . . . 2.60—6.75  
Schlofferhosen . . . 1.88—5.25  
Überziehhosen . . . 1.08—2.35  
Zwischenhosen . . . 1.68—3.25  
Leinwand-Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Reizen, Semden, Schlachter-Jacken, Freizeithosen, Wärmehosen, erhaltend billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Subcam.

## Zweite Sorte Meierei-Butter

frisch eingetroffen, pro Pfund 1.25 Mk.

**Th. Storm Nachf.,**

Königsstraße 98.

Fernruf 483.

## Dilettanten-Klub St. Gertrud.

**Großer theatralischer Abend**

**am Freitag, dem 3. Februar 1911**

**im Lokale „Reichshof“ (Mühlentor).**

Beginn 8 1/2 Uhr.

Eintritt 30 Pf.

Kinder die Hälfte.  
Der Vorstand.

## Für 10 Pfennig

Können Sie sich 20 Tassen eines gesunden und wohlschmeckenden Getränkes bereiten, und zwar ohne jeden Zusatz! — Sie brauchen sich nämlich nur ein 10 Pfennig-Paket Kathreiners Malzaffee zu kaufen! Sie bekommen ihn bei jedem Kaufmann!

„Der Gehalt macht's!“

Vorzugshalter ein Garten-pavillon Untertrave 1.

## Fritz Reuters sämtliche Werke.

Von diesen sind noch einige Exemplare zum Preise von Mk. 3.— am Lager.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

## Frische Mollerei-Butter per Pfd. Mk. 1.40

hält bestens empfohlen: **Joh. Böttcher, Reiserstr. 43.**

### Achtung!

Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.  
Rindfleisch Pfd. 80 Pf.  
Karbonade Pfd. 80 Pf.  
Fetter Speck Pfd. 70 Pf.  
Gehacktes Pfd. 70 Pf.  
**22 Fünfhausen 22.**

## Arbeiter-Bildungsverein.

Lübeck.

Der Unterricht in **deutscher Sprache**

findet fortan wieder jeden Freitag statt. Nächste Stunde morgen, den 3. Februar.

Der Vorstand.

Jedes Knorr-Paket enthält einen Gutschein.

# Knorr

Hafer-Flocken

Grünkern-Mehl

Hafermehl

Reismehl

Hahn-Maccaroni

Kätschen-Nudeln

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

## Der Ratgeber

für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle Angelegenheiten; praktischer Hausarzt und Rezeptbuch nebst einem Anhang enthaltend: Wörterbuch der neuen Rechtschreibung, Zinsberechnungs- u. andere Tabellen. — 1200 Illustrationen und Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.

nach auswärts 50 Pf. Porto zu.

Zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.**

Johannisstraße 46.

## Deutscher Transportarbeiterverband

### Mitglieder-Versammlung

**Freitag, 3. Februar,**

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Botenwahl.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet

Der Vorstand.

### Achtung!

## Betriebs-Versammlung

der **Wasserbau-, Kanalbau- u. Baggerarbeiter**

am Sonnabend, d. 4. Februar,

abends 8 1/2 Uhr

in **Louisenlust.**

Tages-Ordnung:

Bericht des Arbeiter-Ausschusses über die Antwort der Baudeputation. Jeder Kollege und Mitarbeiter muß in dieser Versammlung erscheinen.

Der Einberufener.

## Hansa-Theater

Täglich abends 8 1/2 Uhr.

Gastspiel des

**Budapester Folies-Caprice-Ensemble.**

**Der keusche Josef.**

Burleske in 1 Akt v. L. Tauffstein.

**Im Heiratsbureau.**

Burleske in 1 Akt v. Heinz Förster.

**Kobi Krach**

auf der Hochzeitsreise.

Burleske von Tauffstein.

Vorverkauf bei Sager.

Vorverkaufstagen wochentags gültig

## Stadthallen-theater.

Sonntag, 5. Febr. Abds. 7 1/2 Uhr.

**Die relegierten Studenten.**

Lustspiel von Robert Benedix.

Darauf: **In Civil.**

Schwank von Kadelburg.

Vorverkauf täglich in den bekannten

Stellen bei Nagel, Markt 14, und

Rob. Kohlmarkt 18.

## Neues Stadttheater.

Freitag, 3. Februar. 7 1/2 Uhr.

Voll-Abonn. 120. Freitag-Ab. 21.

**Sum 1. Male! Neu!**

**Versiegelt.**

Oper von Leo Blech.

Darauf:

**Das Nachtlager in Granada.**

Romant. Oper von Kreutzer.

Sonnabend, 4. Februar. 7 1/2 Uhr.

**Zopf und Schwert.**

Lustspiel von Karl Gutzkow.

Zu Vorbereitung: **Neu!**

**Revolutionshochzeit.**

Schauspiel von Sophus Michaëlis.